## Politische Gemeinde Rafz

Die Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde Rafz werden hiermit eingeladen zu einer

# GEMEINDEVERSAMMLUNG

## am Montag, 18. Juni 2012, 20.00 Uhr im Zentrum Tannewäg in Rafz

zur Behandlung folgender Geschäfte:

1. Genehmigung der Totalrevision der Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Rafz.
2. Genehmigung der Revision der Statuten des Zweckverbandes Spitalverband Bülach.
3. Schulergänzende Tagesbetreuung; definitive Einführung von Tagesstrukturen an der Schule Rafz ab dem Schuljahr 2012/13; Genehmigung eines jährlich wiederkehrenden Rahmenkredites von maximal 80‘000 Franken.
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2011 der Politischen Gemeinde Rafz.
5. Anfragen im Sinne von § 51 des Gemeindegesetzes.

### Aktenauflage, Stimmregister und Anfragen

Die Akten, das Stimmregister und die Abschiede der Rechnungsprüfungskommission liegen zwei Wochen vor der Versammlung, also ab **Montag, 4. Juni 2012**, im Provisorium des Gemeindehauses Rafz während den ordentlichen Öffnungszeiten zur Einsicht auf. Interessierte Personen können ab dem gleichen Zeitpunkt die Weisungen in schriftlicher Form bei der Gemeindeverwaltung beziehen oder auf der Homepage www.rafz.ch unter der Rubrik "Politik/Gemeindeversammlung" herunterladen. Anfragen von allgemeinem Interesse sind gemäss § 51 des Gemeindegesetzes **spätestens 10 Arbeitstage** (Montag, 4. Juni 2012) vor der Gemeindeversammlung der Gemeindevorsteherschaft schriftlich und von der anfragenden Person unterzeichnet einzureichen.

### Stimmberechtigung

Die Stimmberechtigung richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte.

Rafz, 4. Juni 2012

Gemeinderat Rafz

## 1. Genehmigung der Totalrevision der Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Rafz.

---

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Die Genehmigung der Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Rafz.

### Weisung

Ausgangslage

Die Polizeiverordnung vom 20. Januar 1998 ist in die Jahre gekommen. In der Zwischenzeit hat sich von der Praxis über die Theorie einiges geändert. Zudem sind in den letzten Jahren auf kantonaler Ebene diverse Gesetze und Verordnungen neu erlassen oder angepasst worden. Der Gemeinderat hat die Abteilung Sicherheit daher beauftragt, die Polizeiverordnung zu überarbeiten und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Bei der Überarbeitung wurden insbesondere Artikel gestrichen, welche bereits in übergeordnetem Recht geregelt sind und/oder Artikel ergänzt, welche bis anhin nicht aufgeführt waren, jedoch aus der Erfahrung nützlich wären.

Zusätzlich wurden die Ortsparteien eingeladen, zum Entwurf der neuen Polizeiverordnung Stellung zu nehmen um allfällige Unklarheiten zu beseitigen. Einige Hinweise oder Vorschläge sind in die überarbeitete Version der Polizeiverordnung eingeflossen. Die Polizeiverordnung wurde durch einen Juristen geprüft und dem Statthalteramt Bülach ebenfalls zur Prüfung und Stellungnahme zugestellt.

Polizeiverordnung

*Einleitung*

Gestützt auf das Gemeindegesetz des Kantons Zürich und die Gemeindeordnung der Gemeinde Rafz erlässt die Gemeindeversammlung Rafz folgende Polizeiverordnung.

Entsprechend dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau gelten alle Personen- und Funktionsbezeichnungen dieser Ausführungsbestimmungen, ungeachtet der männlichen oder weiblichen Sprachform, selbstverständlich für beide Geschlechter.

## I. Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1 Zweck

Diese Verordnung dient der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, der Wahrung der Sicherheit von Personen, Tieren und Eigentum sowie dem Schutze der Umwelt auf dem Gebiet der Gemeinde Rafz.

Sie ergänzt die Polizeigesetzgebung von Bund und Kanton. Weitere Vorschriften des eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Rechts bleiben vorbehalten.

### Art. 2 Polizeiorgane / Zuständigkeit

Die der Gemeinde übertragenen polizeilichen Aufgaben werden vom Gemeinderat und den von ihm bezeichneten Organen wahrgenommen.

### Art. 3 Polizeiliche Anordnungen

Polizeiliche Anordnungen und Vorladungen sind zu befolgen.

### Art. 4 Hilfeleistung

Jede Person ist verpflichtet, den Polizeiorganen auf Verlangen und im Rahmen des Zumutbaren bei der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten Hilfe zu leisten.

## II. Niederlassung und Aufenthalt

### Art. 5 Erneuerung Anmeldung zum Aufenthalt

Wer sich in der Gemeinde als Wochenaufenthalter anmeldet, hat seine Anmeldung jährlich zu wiederholen. Ausgenommen sind Personen, welche sich in Heimen aufhalten sowie Pflegekinder.

### Art. 6 Adressänderung innerhalb der Gemeinde

Wer innerhalb der Gemeinde seinen Wohnort wechselt, hat dies der Gemeindeverwaltung innert 14 Tagen unter Vorlage des Schriftenempfangsscheines oder des Ausländerausweises zu melden.

## III. Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung

### Art. 7 Grundsatz

Es ist verboten, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu stören oder die Sicherheit von Mensch, Tier, Umwelt oder Eigentum zu gefährden.
Insbesondere ist es verboten,

a) Personen und Tiere zu belästigen, zu erschrecken oder zu gefährden,

b) Alarmanlagen, Notrufe oder Notsignale zu missbrauchen.

### Art. 8 Streitereien

Wer zu Streitereien und Schlägereien anstiftet oder daran teilnimmt, wird nach den Vorschriften dieser Verordnung bestraft, sofern nicht Bestimmungen des StGB zur Anwendung gelangen.

### Art. 9 Feuerwerk

Das Abbrennen von Feuerwerk ist nur in der Nacht vom 1. August auf den 2. August und in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar gestattet.

Der Sicherheitsvorstand kann örtliche und zeitliche Einschränkungen erlassen.

Für besondere Veranstaltungen ist eine Bewilligung des Sicherheitsvorstandes erforderlich. Die Erteilung einer Ausnahmebewilligung wird publiziert.

Lagerung und Verkauf von Feuerwerk sind über die kommunale Feuerpolizei bewilligen zu lassen.

### Art. 10 Schiessen

Das Hantieren oder Schiessen mit Waffen ist auf öffentlichem Grund untersagt, ausser auf Anlagen, die zu diesem Zweck besonders eingerichtet sind.

Auf Privatgrund dürfen Waffen nur insoweit verwendet werden, als eine Selbstgefährdung sowie eine Gefährdung oder Belästigung von Dritten ausgeschlossen ist.

Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen über die Schiesszeiten, die militärischen Übungen und Pflichten, die Ausübung der Jagd sowie die Tätigkeit der Polizeiorgane.

Für besondere Anlässe kann der Gemeinderat Ausnahmen bewilligen. Erteilte Bewilligungen werden publiziert.

### Art. 11 Schiessgelände

Abgesperrtes oder entsprechend signalisiertes Schiessgelände und die dazu gehörenden gefährdeten Zonen dürfen während Schiessübungen weder betreten noch befahren werden.

### Art. 12 Publikumsveranstaltungen

Publikumsveranstaltungen wie Umzüge, Demonstrationen, Versammlungen und dergleichen auf öffentlichem Grund bedürfen einer Bewilligung durch den Sicherheitsvorstand.

Veranstaltungen auf Privatgrund (im Freien oder in Räumen) können verboten werden, wenn mit Bestimmtheit oder hoher Wahrscheinlichkeit eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit oder der Ruhe und Ordnung oder eine erhebliche Beeinträchtigung der Umwelt zu erwarten ist.

### Art. 13 Einzäunung von Grundstücken

Der Eigentümer hat seine an öffentliche Plätze, Strassen, Wege oder Gewässer grenzende oder sonst leicht zugängliche Grundstücke in geeigneter Weise einzuzäunen, wenn dies zur Sicherheit erforderlich ist.

### Art. 14 Sicherung von Bodenöffnungen und Baustellen

Wer eine Gefahrenquelle schafft oder in seinem Verantwortungsbereich bestehen lässt, hat im Rahmen des Zumutbaren diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die geeignet und notwendig sind, um Dritte vor Schädigungen zu bewahren. Insbesondere sind Gruben, Jauchetröge, Sammler und Schächte sowie Baustellen, aufgeworfene Gräben etc. auf öffentlichem Grund oder an öffentlich zugänglichen Orten so zu sichern oder abzuschranken und zu signalisieren, dass keine Unfallgefahr besteht.

### Art. 15 Winterdienst

Schnee und Eis von privaten Grundstücken dürfen auf öffentlichem Grund nur dann deponiert werden, wenn die Verkehrssicherheit dadurch nicht gefährdet wird.

Schnee und Eis darf vom Winterdienst auf privaten Grundstücken deponiert werden, falls die Umstände dies erfordern.

### Art. 16 Tierhaltung

Tiere sind so zu halten, dass sie weder Personen noch andere Tiere belästigen oder gefährden und keinen Schaden an Kulturen und öffentlichen Anlagen anrichten. Ein Ausbrechen oder Entweichen gefährlicher Tiere ist sofort der Polizei zu melden.

Wird der polizeilichen Aufforderung zur Behebung eines durch Tiere oder Tierhaltung verursachten Übelstandes nicht Folge geleistet, so kann der Gemeinderat das Halten von Tieren verbieten.

Tiersportliche Veranstaltungen bedürfen einer Bewilligung des Gemeinderates.

Der Gemeinderat kann das Füttern wild lebender Tiere verbieten.

## IV. Schutz öffentlicher Sachen und privaten Eigentums

### Art. 17 Schutz des Grundes

Das unberechtigte Fahren und Reiten über Kulturland und durch den Wald sowie das Betreten oder Befahren von Gärten und Kulturland ist ohne Bewilligung verboten.

### Art. 18 Verunkrautung

Es ist verboten, Grundstücke verunkrauten zu lassen, wenn dadurch Nachbargrundstücke beeinträchtigt werden können.

### Art. 19 Pflanzen

Private Grundstücke sind so zu nutzen, dass der Gemeingebrauch am benachbarten öffentlichen Grund nicht beeinträchtigt wird.

Die Verkehrssicherheit, die Strassenbeleuchtung sowie die Sicht auf Strassensignale, Strassentafeln und Hausnummern darf durch Pflanzen nicht beeinträchtigt werden.

Der Eigentümer ist für das Zurückschneiden störender Bepflanzung verantwortlich.

Die Gemeinde hat nach Androhung mit Fristansetzung das Recht, auf Kosten von säumigen Eigentümern die Ersatzvornahme anzuordnen.

### Art. 20 Benützung öffentliche Sachen und öffentlicher Grund

Öffentlicher Grund und öffentliche Einrichtungen dürfen nicht entgegen ihrer Zweckbestimmung oder über den Gemeingebrauch hinaus benützt werden.

Die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes für private Zwecke, insbesondere zu gewerblichen, baulichen, privaten, gemeinnützigen oder politischen Zwecken, bedarf einer Bewilligung.

Fahrzeuge, Anhänger und dergleichen dürfen ohne Bewilligung nicht länger als 48 Stunden ununterbrochen auf öffentlichem Grund stehen gelassen werden. Parkzeitbeschränkungen bleiben vorbehalten.

Für das regelmässige Parkieren von Fahrzeugen auf öffentlichen Strassen und Plätzen erlässt der Gemeinderat ergänzende Vorschriften.

### Art. 21 Arbeiten an Fahrzeugen und Geräten

Auf öffentlichem Grund dürfen keine Unterhalts-, Reinigungs- und Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und Geräten ausgeführt werden. Ausgenommen von diesem Verbot sind Notreparaturen.

Auf privatem Grund sind derartige Arbeiten nur gestattet, wenn die erforderlichen Einrichtungen zur Verhütung von Gewässerverschmutzungen vorhanden sind.

### Art. 22 Plakate, Reklamen usw.

Es ist verboten, ohne Bewilligung des Sicherheitsvorstandes auf öffentlichem Grund oder an öffentlichem Eigentum Anzeigen, Plakate, Kleber, Inschriften oder Hinweisschilder usw. anzubringen oder öffentliches Eigentum zu bemalen oder zu besprayen.

Unberechtigten ist es verboten, ohne Zustimmung der Eigentümerschaft an/auf privatem Eigentum Anzeigen, Plakate, Kleber, Inschriften oder Hinweisschilder anzubringen.

Die Bewilligungsvorschriften gemäss Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich sowie der eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzgebung sind zu berücksichtigen.

Für vermietete und fest zugeteilte Plakatstellen bezeichnet der Gemeinderat die berechtigten Personen und Firmen und regelt die Konzessionen und Gebühren.

Widerrechtlich angebrachtes Werbe- und Informationsmaterial kann auf Kosten des Verantwortlichen entfernt werden.

Der Gemeinderat kann ergänzende Vorschriften erlassen.

### Art. 23 Anwerben von Personen

Das Anwerben von Personen auf öffentlichem Grund ist bewilligungspflichtig. Davon ausgenommen ist politische Werbung.

### Art. 24 Absperren von Strassen und Wegen

Das Absperren von öffentlichen Strassen, Fuss- und Gehwegen ist ohne Bewilligung der zuständigen Behörde verboten.

Waldstrassen sind während Holzerntearbeiten davon ausgenommen.

### Art. 25 Campieren, Aufstellen von Wohnwagen

Das Campieren, das Aufstellen von Zelten, Wohnwagen und dergleichen auf öffentlichem Grund und in Waldungen ist verboten. Der Gemeinderat kann in besonderen Fällen Ausnahmen bewilligen. Die Bewilligung kann davon abhängig gemacht werden, dass für allfällige Verwaltungskosten (insbesondere Reinigung des Platzes) ein Kostenvorschuss geleistet wird.

Auf privatem Grund ist das Zelten und Aufstellen von Wohnwagen sowie das Errichten von Fahrnisbauten nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Grundeigentümers gestattet.

### Art. 26 Fundbüro

Gefundene Sachen, welche dem Eigentümer nicht zurückgegeben werden können, können bei der Gemeinde abgegeben werden.

### Art. 27 Überwachung des öffentlichen Grundes

Der Gemeinderat kann die örtlich begrenzte Überwachung des öffentlichen Grundes mit Videokameras, welche die Personenidentifikation zulassen, bewilligen, wenn der Einsatz zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit geeignet und erforderlich ist.

Der Gemeinderat erlässt dazu ein separates Reglement über die Videoüberwachung.

### Art. 28 Rettungs- und Löscheinrichtungen

Rettungs- und Löscheinrichtungen, Brandmelder, Feuerleitern, Notausgänge usw. dürfen nicht abgeändert, versperrt, blockiert oder für andere Zwecke benützt werden.

Das Benützen von Hydranten ohne Bewilligung der Wasserversorgung ist verboten.

Der Zugang zu Rettungseinrichtungen (Feuerwehrlokale, Hydranten usw.) ist stets frei zu halten.

### Art. 29 Strassenbenennung und Hausnummerierung

Für die Benennung von Strassen und das Anbringen von Strassennamentafeln und Hausnummern ist der Gemeinderat zuständig.

## V. Umweltschutzbestimmungen

### Art. 30 Grundsatz

Es ist verboten, durch eigenes Verhalten oder mittels Geräten, Maschinen, Vorrichtungen usw. schädliche oder belästigende Immissionen aller Art zu erzeugen, die zu einer Verunreinigung der Umwelt (Luft, Boden, Wasser) führen können. Bezüglich des Ablagerns von Schutt, Schrott, Kehricht und Abfallstoffen jeglicher Art wird auf die Abfallverordnung der Gemeinde Rafz verwiesen.

Es ist verboten, gesundheitsschädigende oder belästigende Einwirkungen, namentlich durch Lärm, Erschütterungen, Staub, Russ, Rauch, Geruch, Abgase, Dämpfe, Strahlen oder Lichtquellen zu verursachen. Insbesondere ist nachts die Verwendung von Sky-Beamern, Lasergeräten und dergleichen ausserhalb geschlossener Räume verboten. Der Gemeinderat kann deren temporäre Nutzung bewilligen.

### Art. 31 Verschmutzung des öffentlichen Grundes (Littering)

Es ist verboten, den öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Grund zu verunreinigen, namentlich durch:

a) Wegwerfen von Kleinabfällen wie zum Beispiel Flaschen, Dosen, Papier, Verpackungen, Zigarettenstummel oder Kaugummi,

b) Spucken,

c) Verrichtung der Notdurft an dafür nicht vorgesehenen Orten.

Zuwiderhandelnde haben umgehend den ordnungsgemässen Zustand wieder herzustellen und nebst einer Busse auch allfällige Reinigungs- und Instandstellungskosten zu bezahlen.

## VI. Lärmschutz

### Art. 32 Sperrzeiten / Nachtruhe

Die Nachtruhe dauert von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr. Während dieser Zeiten ist jeglicher die Ruhe oder den Schlaf störender Lärm verboten.

An Sonn- und allgemeinen Feiertagen durchgehend sowie an Werktagen in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr sind lärmintensive Arbeiten und Tätigkeiten verboten, die Dritte in ihrem Ruhebedürfnis in unzumutbarer Weise stören.

Ausnahmen bedürfen einer vorgängig eingeholten Bewilligung des Sicherheitsvorstandes und werden publiziert.

### Art. 33 Lautsprecher, Verstärkeranlagen

Der Betrieb von Lautsprechern, Megaphonen und anderen Verstärkeranlagen für Quartierfeste und Anlässe jeglicher Art ist ohne Bewilligung des Sicherheitsvorstandes verboten, wenn Dritte in unzumutbarer Weise in ihrem Ruhebedürfnis gestört werden.

### Art. 34 Landwirtschaftliche Arbeiten und Notstandsarbeiten

Unaufschiebbare Landwirtschafts- und Notstandsarbeiten sind jederzeit gestattet. Für das Ausbringen von Hofdünger gelten die speziellen Regelungen der Stoffverordnung.

Knallkörper und Lautsprecher, die dem Verscheuchen von Tieren dienen, dürfen nicht während der Nachtruhezeit betrieben werden. Wohngebiete dürfen durch solche Anlagen nicht übermässig belästigt werden.

### Art. 35 Motorsport und Motorspielzeuge

Motorsportveranstaltungen und Trainingsfahrten auf öffentlichem und privatem Grund sind bewilligungspflichtig.

Modellflugzeuge, -autos und -boote usw. mit Verbrennungsmotoren müssen mit wirksamen Schalldämpfern ausgerüstet sein. Sie dürfen nur ausserhalb bewohnter Gebiete betrieben werden. Für den regelmässigen Betrieb ist eine behördliche Bewilligung notwendig.

## VII. Wirtschafts- und Gewerbepolizei

### Art. 36 Aufhebung der Schliessungsstunde (Freinacht)

Die ordentliche Schliessungsstunde richtet sich nach dem kantonalen Gesetz.

Der Sicherheitsvorstand kann für öffentliche Veranstaltungen oder für spezielle Anlässe die Schliessungsstunde für die ganze Gemeinde oder für einzelne Betriebe aufschieben oder aufheben.

Die dauernde Aufhebung der Schliessungsstunde bedarf der Bewilligung durch den Gemeinderat.

### Art. 37 Dekorationen

Dekorationen dürfen während einer Woche vor und vier Wochen nach der Bächtele angebracht werden. Für die Abnahme der Dekorationen ist mit der Gemeindefeuerpolizei frühzeitig, das heisst 10 Tage vorher, ein Termin zu vereinbaren.

### Art. 38 Warenverkauf/Festwirtschaft

Das Ausstellen bzw. der Verkauf von Waren auf öffentlichem Grund (Verkaufswagen, Stände Festwirtschaft etc.) sowie das Hausieren bedürfen einer Bewilligung des Sicherheitsvorstands. Patente für dauernde Bewilligungen sind durch den Gemeinderat zu erteilen.

### Art. 39 Kulturelle Strassenaktivitäten

Kulturelle Strassenaktivitäten wie Musik-, Tanz- oder Pantomimevorführungen und dergleichen sind auf öffentlichem Grund oder mit Wirkung auf den öffentlichen Grund bewilligungspflichtig.

Die Bewilligung wird erteilt, wenn die kulturelle Strassenaktivität nicht zu einer unzumutbaren Belästigung für Dritte führt und keine Umgehung des Bettelverbots vorliegt.

## VIII. Polizeibewilligungen, polizeiliche Sanktionen und Massnahmen

### Art. 40 Bewilligungen

Sofern gemäss dieser Verordnung eine Bewilligung erforderlich ist, muss spätestens 10 Tage vor dem Ereignis bei der vom Gemeinderat bezeichneten Stelle ein entsprechendes schriftliches Gesuch gestellt werden. In dringenden Fällen entscheidet der Sicherheitsvorstand über Ausnahmen. Das Ereignis darf erst dann eintreten, wenn die rechtskräftige Bewilligung vorliegt.

Eine Bewilligung wird erteilt, sofern die erforderlichen persönlichen und sachlichen Voraussetzungen erfüllt sind und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Entfällt nachträglich eine der Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung oder werden an die Bewilligungen geknüpfte Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten, kann die Bewilligung sofort und entschädigungslos wieder entzogen werden. Polizeibewilligungen werden erteilt, wenn die zum Schutz der Polizeigüter aufgestellten gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Bewilligungen nach dieser Verordnung sind persönlich und dürfen nur mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde auf andere Personen übertragen werden.

Das Bewilligungsverfahren sowie der Rechtsschutz richten sich nach den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes des Kantons Zürich.

### Art. 41 Gebühren, Kosten und Depositen

Für polizeiliche Massnahmen und Bewilligungen werden im Rahmen des übergeordneten Rechts Gebühren erhoben. Der Gemeinderat erlässt eine Gebührenordnung.

Für die Sicherstellung der Gebühren und allfällig weiterer Verwaltungskosten kann die zuständige Behörde einen angemessenen Kostenvorschuss verlangen.

### Art. 42 Strafen und Bussen

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt oder darauf gestützte Beschlüsse, Verfügungen oder Auflagen missachtet, wird mit Busse bestraft. In leichten Fällen kann anstelle der Busse ein Verweis erteilt werden.

Der Gemeinderat bezeichnet diejenigen Übertretungen, welche in einem vereinfachten Verfahren mit Ordnungsbusse geahndet werden können und legt die entsprechenden Bussenbeträge fest.

## IX. Übergangs- und Schlussbestimmungen

### Art. 43 Inkrafttreten

Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt, des Inkrafttretens dieser Verordnung.

Auf diesen Zeitpunkt hin wird die Polizeiverordnung vom 20. Januar 1998 mit allen seitherigen Änderungen aufgehoben.

Rafz, 17. April 2012

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Präsident: J. Sigrist

Der Schreiber: M. Bernasconi

**Die beiden nachfolgenden Anhänge (Verordnung über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren und die Bussenliste) dienen lediglich der Information und sind nicht von der Gemeindeversammlung abnehmen zu lassen (Art. 42 PVO).**

**Das Statthalteramt prüft und genehmigt die Bussenliste.**

## Anhang Verordnung über das gemeinderechtliche Ordnungsbussenverfahren

Art. 1

Übertretungen der Polizeiverordnung der Gemeinde Rafz können in einem vereinfachten Verfahren mit Ordnungsbussen bis Fr. 500.-- geahndet werden.

Art. 2

Der Gemeinderat bezeichnet die Übertretungen, bei denen das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung kommt und bestimmt den Bussenbetrag.

Art. 3

Zur Erhebung der Ordnungsbussen sind die Polizei und die mit ähnlichen Funktionen betrauten, vom Gemeinderat bezeichneten Personen, ermächtigt. Diese Befugnis steht ihnen zu, wenn sie die Übertretung selber wahrgenommen haben.

Art. 4

Die Ordnungsbussen können an Ort und Stelle erhoben werden. Der Gebüsste kann die Busse sofort gegen Quittung, die seinen Namen nicht nennt, oder innert einer Frist von 30 Tagen bezahlen.

Die Busse wird mit der Bezahlung rechtskräftig.

Wird die Busse nicht bezahlt, so wird das ordentliche Strafverfahren eingeleitet.

Eine Ordnungsbusse kann auch im ordentlichen Strafverfahren gefällt werden.

Art. 5

Die Zuständigen Organe sehen von einer Ordnungsbusse ab und erstatten eine Verzeigung,

a) wenn die Übertretung mit einer Widerhandlung zusammentrifft, die nicht durch Ordnungsbusse geahndet werden kann;
b) wenn anzunehmen ist, dass sich wegen Wiederholung der Übertretung eine strengere Bestrafung rechtfertigt.

Art. 6

Diese Verordnung tritt mit der dazugehörenden Bussenliste nach der amtlichen Publikation und rechtskräftigen Erledigung allenfalls erhobener Rechtsmittel in Kraft.

**Anhang Bussenliste**

| | | |
|---|---|---|
| *1.* | *Niederlassung und Aufenthalt* | |
| 1.1 | Nichterneuern der Anmeldung zum Aufenthalt (Art. 5) | Fr. 50.-- |
| 1.2 | Nichteinhalten der Meldefrist beim Umzug innerhalb der Gemeinde (Art. 6) | |
| | 9 bis 20 Tage über die Frist | Fr. 50.-- |
| | 21 bis 60 Tage über die Frist | Fr. 100.-- |
| | Mehr als 60 Tage über die Frist | Fr. 150.-- |
| *2.* | *Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung* | |
| 2.1 | Stören der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Art. 7) | Fr. 100.-- |
| | Belästigen von Personen und Tieren | Fr. 100.-- |
| | Sicherheitsanlagen missbrauchen | Fr. 100.-- |
| 2.2 | Streitereien (Art. 8) | Fr. 100.-- |
| 2.3 | Abbrennen von Feuerwerk ohne Bewilligung (Art. 9) | Fr. 100.-- |
| 2.4 | Unberechtigtes Hantieren und Schiessen mit Waffen (Art. 10) sowie das Betreten von abgesperrtem Gelände (Art. 11) | Fr. 100.-- |
| 2.5 | Durchführen von Publikumsveranstaltungen ohne Bewilligung (Art. 12) | Fr. 100.-- |
| 2.6 | Nichtsachgerechtes Halten von Tieren (Art. 16) | Fr. 100.-- |
| *3.* | *Schutz öffentlicher Sachen und privaten Eigentums* | |
| 3.1 | Unberechtigtes Befahren, Betreten oder Verunreinigen von Kulturland, Wald, Gärten und Naturschutzgebieten (Art. 17) | Fr. 100.-- |
| 3.2 | Beeinträchtigung von Nachbargrundstücken durch Verunkrautung (Art. 18) | Fr. 100.-- |
| 3.3 | Benützen des öffentlichen Grundes (entgegen ihrer Zweckbestimmung oder über den Gemeingebrauch hinaus) ohne Bewilligung (Art. 20) | Fr. 100.-- |
| 3.4 | Unbefugtes Arbeiten an Fahrzeugen und Geräten auf öffentlichem und privatem Grund (Art. 21) | Fr. 100.-- |
| 3.5 | Widerrechtliches Anbringen von Anzeigen, Plakaten und Inschriften auf öffentlichem Grund und an öffentlichen Sachen (Art. 22) | Fr. 100.-- |
| 3.6 | Unerlaubtes Anwerben von Personen (Art. 23) | Fr. 100.-- |
| 3.7 | Unberechtigtes Absperren von Strassen und Wegen (Art. 24) | Fr. 100.-- |

| | | | |
|---|---|---|---|
| 3.8 | Unberechtigtes Campieren, Aufstellen von Zelten und Wohnwagen (Art. 25) | Fr. | 100.-- |
| 3.9 | Unberechtigtes Benützen der Rettungs- und Löscheinrichtungen und das Versperren des Zugangs zu den Einrichtungen (Art. 28) | Fr. | 100.-- |
| *4.* | *Umweltschutzbestimmungen* | | |
| 4.1 | Verschmutzung des öffentlichen Grundes (Littering) (Art. 31) | Fr. | 100.-- |
| *5.* | *Lärmschutz* | | |
| 5.1 | Missachten der Sperrzeiten und der Nachtruhe (Art. 32) | Fr. | 100.-- |
| 5.2 | Störender Betrieb von Verstärkeranlagen ohne Bewilligung (Art. 33) | Fr. | 100.-- |
| 5.3 | Stören der Sperrzeiten und der Nachtruhezeit (Landwirtschaft) (Art. 34) | Fr. | 100.-- |
| 5.4 | Motorsportveranstaltungen und dergleichen ohne Bewilligung (Art. 35) | Fr. | 100.-- |
| *6.* | *Wirtschafts- und Gewerbepolizei* | | |
| 6.1 | Verstösse gegen die Schliessungsstunden (Art. 36) | Fr. | 100.-- |
| 6.2 | Unberechtigtes Aufstellen bzw. Verkauf von Waren (Art. 38) | Fr. | 100.-- |
| 6.3 | Kulturelle Aktivitäten ohne Bewilligung (Art. 39) | Fr. | 100.-- |
| *7.* | *Weiteres* | | |
| 7.1 | Wiederholte Verstösse | Fr. | 200.-- |

**Erwägungen**

Nach § 74 des kantonalen Gemeindegesetzes (GG) steht dem Gemeinderat die Besorgung der gesamten Ortspolizei zu. Er sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und für die Sicherheit von Personen und Eigentum gegen Schädigungen und Gefahren jeder Art und trifft alle Vorkehrungen für die richtige Erfüllung der Aufgaben der Ortspolizei auf allen Verwaltungsgebieten. Dementsprechend hat der Gemeinderat Rafz am 20. Januar 1998 die heutige Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Rafz erlassen.

Bei der heute geltenden Polizeiverordnung handelt es sich somit nicht um einen Erlass des Gemeindegesetzgebers und damit nicht um ein Gesetz im formellen Sinn, sondern um eine Verordnung der Exekutivbehörde.

Gemäss § 158 GG sind Teil- oder Totalrevisionen von dem gemäss Gemeindeordnung zuständigen Organ zu erlassen. Dieses ist in der Politischen Gemeinde Rafz die Gemeindeversammlung. Die Übertragung der Zuständigkeit vom Gemeinderat an die Gemeindeversammlung beruht auf der seit 1. Januar 2006 in Kraft stehenden neuen Kantonsverfassung (KV). Die Auslegung von Art. 89 KV verlangt, dass unter Beachtung des Legalitätsprinzips wichtige polizeiliche Vorschriften durch den Gemeindegesetzgeber (Legislative) zu erlassen sind.

Art. 16 Ziff. 6 Buchst. h der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Rafz vom 12. Februar 2006 besagt zudem klar, dass die Gemeindeversammlung über den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Polizeiverordnung beschliesst.

Rafz, 17. April 2012

**GEMEINDERAT RAFZ**
Der Präsident: Der Schreiber:

Jürg Sigrist Marc Bernasconi

**Behördlicher Referent: Sicherheitsvorstand Jürg Sigrist**

## 2. Genehmigung der Revision der Statuten des Zweckverbandes Spitalverband Bülach.

---

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Der Revision der Statuten des Zweckverbandes Spitalverband Bülach wird gemäss Vorlage der Delegiertenversammlung vom 22. März 2012 zugestimmt.

2. Der Verwaltungsrat des Spitalverbandes Bülach wird mit dem Vollzug der Statutenrevision beauftragt.

### Weisung

Ausgangslage

Das Spital Bülach ist das Schwerpunktspital für die Region Zürcher Unterland und stellt als solches die medizinische Versorgung im Akutbereich für die Bevölkerung in ihrem Einzugsgebiet und aus angrenzenden Regionen sicher. Der Spitalverband Bülach ist rechtlich ein Zweckverband nach Massgabe der kantonalen Gemeindegesetzgebung und umfasst 35 Trägergemeinden aus den Bezirken Bülach und Dielsdorf.

Seit dem 1. Januar 2012 ist das neue kantonale Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG) in Kraft. Damit werden die Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) des Bundes von 2007 umgesetzt. Dieses legt eine neue Finanzierung der stationären Behandlung von Patienten durch Fallpauschalen fest und verpflichtet die Kantone, ihre Spitalplanung zu erneuern. Der Regierungsrat hat deshalb die Spitalliste 2001 durch eine neue Liste 2012 abgelöst.

Die Spitalplanung 2012 orientiert sich am Konzept des regulierten Wettbewerbs und es wurde festgelegt, dass der Kanton nur dort steuernd eingreift, wo mit planerischen Eingriffen entweder die Kosten gesenkt oder die medizinische Qualität gesteigert werden können. Per 1. Januar 2012 hat der Kanton dem Spital Bülach aufgrund der neuen Spitalplanung den neuen Leistungsauftrag erteilt.

Mit dem neuen SPFG entfällt auch die Grundversorgungs- und Finanzierungspflicht der Gemeinden im Bereich der Spitalversorgung. Die Gemeinden können aber nach wie vor Spitaleigentümer bleiben. Bis heute hat keine der 35 Trägergemeinden des Spitals Bülach die Mitgliedschaft im Zweckverband gekündigt.

Gleichzeitig tritt ein neues Finanzierungssystem in Kraft. Demzufolge wird der Kostenanteil der öffentlichen Hand nicht mehr in Form von Betriebs- und Investitionsbeiträgen, sondern mit Fallpauschalen geleistet. Die Fallpauschalen, die von den Krankenkassen und dem Kanton geleistet werden, beinhalten auch einen Investitionskos-

tenanteil. Die (Vor-) Finanzierung von Investitionen ist neu Aufgabe der Spitäler und kann grundsätzlich auch mit Fremdmitteln erfolgen.

Mit der Statutenrevision wird die neue kantonale 0/100-Regelung umgesetzt. Der Kanton und die Krankenkassen übernehmen die Kosten der Patientenbetreuung inkl. Investitionskosten. Das Spital muss mit den Einnahmen die laufenden Kosten und die Investitionskosten finanzieren und für die zukünftige Entwicklung die notwendige Eigenkapitalbasis schaffen. Damit wird das Spital zu einem Unternehmen, das auch für die Werterhaltung und Werterhöhung selbst zuständig ist.

Zielsetzung der Statutenrevision

Das neue SPFG, das seit 1. Januar 2012 in Kraft ist, macht eine Statutenrevision notwendig. So müssen Regelungen zum Umgang mit Ertragsüberschüssen und allfälligen Verlusten sowie zur Umwandlung der Restbuchwerte bisheriger Investitionsbeiträge der Verbandsgemeinden oder zum Beschlussverfahren bei der Erbringung allfälliger zusätzlicher Leistungen getroffen werden.

Weiter wird mit dem SPFG bzw. der Anpassung des Gemeindegesetzes die Möglichkeit geschaffen, dass Spitalzweckverbände einen eigenen Finanzhaushalt nach den Vorschriften über den Gemeindehaushalt führen. Dies ist die Voraussetzung, um bilanz- und fremdmittelfähig zu sein. Auch dafür müssen die Statuten angepasst werden.

Um einen reibungslosen Übergang zum neuen Finanzierungssystem zu gewährleisten muss die Statutenrevision 2012 durchgeführt und rückwirkend auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt werden.

Die folgenden hauptsächlichen Änderungen werden mit der Revision realisiert:

Die Zweckverbandsgemeinden bleiben Eigentümer des Spitals. Sie können dadurch die Entwicklung des Spitals mitbestimmen und mit einer Werterhöhung ihrer Beteiligung bzw. mit Gewinnausschüttungen rechnen, tragen allerdings weiterhin das Eigentümerrisiko.

Der Restwert der von den Zweckverbandsgemeinden geleisteten Investitionsbeiträge wird per 1. Januar 2012 in Beteiligungen umgewandelt.

Die Zweckverbandsgemeinden bezahlen ab der Rechnungsperiode 2012 keine Beiträge mehr an die laufenden Kosten und Investitionen des Spitals. Die Zweckverbandsgemeinden können sich aber freiwillig, mit Gewährung eines Darlehens oder mit einer Erhöhung ihrer Beteiligung, an der Vorfinanzierung von Investitionen beteiligen.

Es besteht keine automatische Nachschusspflicht mehr für die Gemeinden, falls das Spital allfällige Betriebsdefizite nicht mehr durch Eigenkapital decken könnte. Sollte dereinst eine solche Überschuldungssituation entstehen, müssten die Verbandsgemeinden entscheiden, ob sie, freiwillig und unter Wahrung der demokratischen Entscheidungswege, zusätzliche Mittel einschiessen wollen, oder ob das Spital liquidiert werden soll.

Bei Austritt einer Gemeinde aus dem Zweckverband wird die Beteiligung in ein langfristiges zinsloses Darlehen umgewandelt, das in weniger als 30 Jahren zurückbezahlt werden muss.

Zusätzlich wurden einige formelle Anpassungen an die kantonalen Musterstatuten vorgenommen und im Sinne einer Verschlankung auf einzelne Bestimmungen, die durch übergeordnete Gesetzgebung bereits geregelt sind, verzichtet. Diese Textanpassungen haben keine inhaltlichen Auswirkungen.

Die wichtigsten Änderungen im Überblick

1. Kapitel Organisation

*Zusammensetzung der Delegiertenversammlung (Art. 20)*
Neu richtet sich die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung nach dem Umfang der finanziellen Beteiligung einer Verbandsgemeinde. Gemeinden, die sich finanziell stärker beteiligen, tragen ein höheres Risiko und haben demzufolge auch mehr Mitsprache. Der Minderheitenschutz bleibt gewährleistet, da jede Gemeinde Anspruch auf mindestens einen Delegierten hat.

*Aufgaben und Kompetenzen der Delegiertenversammlung (Art. 23)*
Die Entscheidungskompetenz über die Verwendung allfälliger Betriebsgewinne bzw. Deckung allfälliger Verluste liegt bei der Delegiertenversammlung (Ziff.8).

2. Kapitel Verbandshaushalt

*Finanzierungssystem (Art. 34)*
Das Spital wird nach unternehmerischen Grundsätzen geführt, die langfristige Werterhaltung sichergestellt und eine angemessene Eigenkapitalrendite angestrebt.

*Finanzhaushalt und Buchführung (Art. 35)*
Das Spital führt ab dem 1. Januar 2012 einen eigenen Finanzhaushalt gemäss § 131 a des Gemeindegesetzes.

Bisher wurden die Vermögenswerte des Zweckverbands in den Bestandsrechnungen der Verbandsgemeinden geführt. Die neue Spitalfinanzierung durch Fallpauschalen, die einerseits von den Krankenkassen und andererseits vom Kanton getragen werden, enthält neben den betrieblichen auch Investitionskostenbeiträge. Könnte das Spital keinen eigenen Finanzhaushalt führen, müssten die Investitionsanteile von den Vergütungen abgezogen und an die Verbandsgemeinden weiterverteilt werden. Im Gegenzug müsste die Investitionsfinanzierung weiter über die Verbandsgemeinden erfolgen.

*Vermögens-/Eigentumsverhältnisse (Art. 36)*
Investitionsbeiträge der Verbandsgemeinden, die vor dem Inkrafttreten des SPFG geleistet worden sind, werden in unverzinsliche Beteiligungen umgewandelt. Damit bleiben die Verbandsgemeinden Spitaleigentümer. Die Umwandlung erfolgt gemäss der Empfehlung der Gesundheitsdirektion und des Gemeindeamts nach den Bestimmungen der Verordnung über die Umwandlung von Investitionsbeiträgen an Spitäler vom 5. Oktober 2011 (InUV). Das Gemeindeamt stellt zudem in Aussicht, dass durch Aufwertungen ausgelöste Buchgewinne über eine Sofortabschreibung quasi

wieder neutralisiert werden können. Solche a.o. Sofortabschreibungen sollen ausnahmsweise auch ohne Budgetierung im Voranschlag 2012 der Gemeinden möglich sein.

*Fremdmittelaufnahme (Art. 37)*
Zur Vorfinanzierung von bewilligten Investitionen und zur Sicherstellung der Liquidität kann der Zweckverband Fremdmittel aufnehmen. Nach dem Wegfall der automatischen Nachschusspflicht braucht es eine subsidiäre Solidarhaftung der Verbandsgemeinden gegenüber Fremdkapitalgebern. Ohne diese Solidarhaftung dürfte es für den Zweckverband schwierig bis unmöglich werden, bei Dritten Kredite zu vernünftigen Konditionen zu erhalten.

*Freiwillige Einlagen (Art. 38)*
Obwohl gemäss SPFG für die Verbandsgemeinden keine Verpflichtung mehr für die Finanzierung des Spitals besteht, ist es möglich, dass diese auf freiwilliger Basis ihre finanzielle Beteiligung erhöhen können.

*Gewinnverwendung und Verlustdeckung (Art. 39)*
Die Verbandsgemeinden können an Betriebsgewinnen, die nicht dem Eigenkapital zugewiesen werden, beteiligt werden. Über deren Verwendung entscheidet die Delegiertenversammlung auf Antrag des Verwaltungsrats (Art. 23 Ziff. 8).

Sofern die Delegiertenversammlung beschliesst, dass die Verbandsgemeinden Betriebsverluste zu decken haben, werden diese nach Massgabe der Beteiligungen anteilmässig getragen.

3. Kapitel Austritt, Auflösung und Liquidation

*Austritt (Art. 45)*
Unter den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen ist es nicht mehr haltbar, dass Gemeinden bei einem ordentlichen Verbandsaustritt leer ausgehen. Allerdings ist sicher zu stellen, dass das Spital dadurch nicht in einen Liquiditätsengpass gerät. Aus diesem Grund wird die Beteiligung bei Verbandsaustritt in ein langfristiges zinsloses Darlehen umgewandelt. Diese Variante wird zugunsten der im Zweckverband verbleibenden Gemeinden gewählt.

4. Kapitel Übergangs- und Schlussbestimmungen

*Inkrafttreten (Art. 46)*
Damit das Spital ab 1. Januar 2012 einen eigenen Finanzhaushalt führen kann, muss die Statutenrevision im Verlauf des Jahres 2012 durchgeführt und rückwirkend auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt werden.

<u>Schlussbemerkungen</u>

Das Gemeindeamt qualifiziert die vorliegende Statutenrevision als Totalrevision, was eine Zustimmung aller Verbandsgemeinden erforderlich macht. Sollte die Statutenrevision von den Verbandsgemeinden nicht angenommen werden, würden die Zweckverbandsstatuten vom 23. Juni 2010 mit sämtlichen Rechten und Pflichten ihre Gültigkeit behalten. Der Spitalverband wäre nicht haushaltsfähig und die Investitionen

müssten weiterhin von den Verbandsgemeinden vorfinanziert werden. Im Gegenzug würden bei den Fallpauschalen, die dem Spital vergütet werden, die Investitionsanteile abgezogen und an die Gemeinden weiterverteilt.

Allfällige Betriebsverluste müssten wie bis anhin jährlich von den Verbandsgemeinden ausgeglichen werden. Die Darlehen aus der Umwandlung der vom Kanton bisher geleisteten Investitionsbeiträge an das Spital Bülach von ca. 50 Mio. würden in die Gemeindebücher verteilt und müssten gemäss der Verordnung über die Umwandlungen von Investitionsbeiträgen an Spitäler (InUV) verzinst und amortisiert werden.

Die Delegiertenversammlung hat die Revision der Statuten am 22. März 2012 mit redaktionellen Änderungen verabschiedet und beantragt den Zweckverbandsgemeinden, die neuen Statuten zu genehmigen.

Rafz, 17. April 2012

**GEMEINDERAT RAFZ**
Der Präsident: Der Schreiber:

Jürg Sigrist Marc Bernasconi

**Behördliche Referent: Gesundheitsvorstand Rudolf Baur**

**Abschied Rechnungsprüfungskommission vom 10. Mai 2012**

Die RPK nimmt von der Revision der Statuten des Zweckverbandes Spitalverband Bülach Kenntnis.

Der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2012 wird die Zustimmung zu dieser Revision beantragt.

Rafz, 10. Mai 2012

**Namens der RPK Rafz**

Der Präsident: Der Aktuar:

Karl Schweizer Hans Jakob Urech

## 3. Schulergänzende Tagesbetreuung; definitive Einführung von Tagesstrukturen an der Schule Rafz ab dem Schuljahr 2012/13; Genehmigung eines jährlich wiederkehrenden Rahmenkredites von maximal 80‘000 Franken.

---

### Antrag

Die Schulpflege beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Für schulergänzende Tagesstrukturen in der Gemeinde Rafz wird ein jährlich wiederkehrender Rahmenkredit von maximal 80‘000 Franken bewilligt. Dieser Betrag wird jeweils auf den 1. Januar der Teuerung gemäss Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise angepasst.

2. Bei den schulergänzenden Tagesstrukturen ist gesamthaft ein Kostendeckungsgrad (Beiträge der Eltern) von 60 bis 65 % anzustreben.

3. Der Schulpflege werden die folgenden Kompetenzen übertragen:
   - im Sinne von Ziffer 1 dieses Beschlusses ab dem 1. August 2012 über diese finanziellen Mittel zu verfügen;
   - Dritte mit dem Erbringen von schulergänzenden Betreuungsangeboten zu beauftragen und entsprechende Vereinbarungen und/oder Verträge abzuschliessen.

### Weisung

<u>Ausgangslage</u>

Am 15. Dezember 2008 genehmigten die Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung für die Einführung der schulergänzenden Tagesstrukturen auf das Schuljahr 2009/10 einen Rahmenkredit von jährlich 60‘000 Franken. Der Kredit wurde auf drei Jahre befristet und läuft im August 2012 aus. Mit diesem Rahmenkredit wurde in Rafz der Kinderhort mit Beiträgen unterstützt, so dass die Eltern je nach Einkommen und Vermögen von reduzierten Tarifen profitieren konnten.

Die Schulpflege Rafz beantragt heute einen Rahmenkredit als Grundlage für die definitive Einführung der seit 2009 gesetzlich vorgeschriebenen schulergänzenden Tagesstrukturen ab Schuljahr 2012/13.

<u>Rechtsgrundlagen für die schulergänzenden Tagesstrukturen</u>

*Volksschulgesetz*

Am 5. Juni 2005 wurde das neue Volksschulgesetz (VSG) von der Stimmbürgerschaft des Kantons Zürich gutgeheissen. In § 27 Abs. 3 VSG ist festgelegt, dass die

Gemeinden bei Bedarf weiter gehende, das bedeutet über die Blockzeiten hinausgehende, Tagesstrukturen anbieten.

*Volksschulverordnung*

§ 27 der Volksschulverordnung bestimmt, dass die Gemeinden die dem tatsächlichen Bedarf entsprechenden Angebote wie z.B. Tagesschulen, Schülerclubs, Horte, Mittagstische oder Betreuungsangebote während der Randstunden zur Verfügung stellen müssen.

Die schulergänzenden Tagesstrukturen müssen nicht vor 7.30 Uhr und nicht nach 18.00 Uhr angeboten werden. Besteht bei weniger als 10 Schülerinnen und Schülern pro Schule Bedarf an Betreuung, sind Lösungen im Einzelfall zulässig. Die Elternbeiträge dürfen höchstens kostendeckend sein.

*Hortrichtlinien*

Mit Datum vom 4. Juni 2007 wurden neue kantonale Hortrichtlinien erlassen. Die Richtlinien enthalten vor allem Vorgaben zu den Räumlichkeiten und zu den Anforderungen an das Betreuungspersonal. Diese gelten für Kinderhorte, welche

- Kinder ab dem Kindergartenalter bis 12 Jahre aufnehmen;
- mehr als 5 Plätze anbieten;
- regelmässig während mindestens fünf halben Tagen oder mindestens 20 Stunden/Woche geöffnet sind.

Das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 verpflichtet die Schulgemeinden seit Beginn des Schuljahres 2009/2010, bedarfsgerechte Tagesstrukturen von 07.30 bis 18.00 Uhr anzubieten. Als Projekt wurden deshalb zu Beginn des Schuljahres 09/10 die schulergänzenden Tagesstrukturen eingeführt: Es werden Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung angeboten (bei Bedarf auch ein Zmorgetisch).

<u>Schulergänzende Tagesstrukturen in Rafz</u>

Die Erfahrungen mit den familienergänzenden Betreuungsangeboten in Rafz sind sehr positiv. Die neuen Rahmenkredite von Schule und Gemeinde sollen die heute bestehenden Angebote mittelfristig sichern und einen moderaten Ausbau erlauben.

Heute bestehen in Rafz für Schulkinder ab Kindergarten die folgenden Angebote:

| *Bezeichnung* | *Angebot* | *Anbieter* |
|---|---|---|
| Schulergänzende Tagesstrukturen für Kindergarten- und Primarschul-Kinder | Betreuung je nach Bedarf vor der Schule, über Mittag (mit Mittagessen) oder nach der Schule sowie während der Schulferien. | Trägerverein Kinderhort Rafz (Rägeboge) |

Die bestehenden Angebote werden zurzeit durch den Trägerverein Kinderhort Rafz angeboten. Die Zusammenarbeit mit dem Trägerverein oder anderen Leistungserbringern wird mit einer Leistungsvereinbarung geregelt.

Der Rahmenkredit ermöglicht es der Schulpflege, die schulergänzende Tagesstrukturen für die nächsten Jahre zu organisieren und den Eltern auch weiterhin gemäss ihrem Einkommen reduzierte Tarife anzubieten. Es bestehen drei Tarifstufen, welche dem Einkommen und dem Vermögen der Eltern Rechnung tragen.

*Zukünftiges Angebot an schulergänzenden Tagesstrukturen*

Für die Berechnung des Rahmenkredits für die schulergänzenden Tagesstrukturen ist die Schulpflege von den folgenden zukünftigen Platzzahlen ausgegangen:

*Plätze* *Betreuungseinheit*

| | Frühstück 7.00 – 8.00 | Mittagstisch 12.00 – 14.00 | Nachmittag- 14.00 – 18.00 | *Morgenbetreuung 8.00 – 12.00, wenn schulfrei* |
|---|---|---|---|---|
| Stand 2011 | 11 | 22 | 11 | *11* |
| Stand 2008 | 5 | 10 | 5 | *5* |

Wieso sind schulergänzende Betreuungsangebote heute nicht mehr wegzudenken?

Die Lebenssituation von Familien und allein erziehenden Eltern sowie deren Bedürfnisse haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Das traditionelle Familienmodell wird heute durch die unterschiedlichsten Formen familiären Zusammenlebens abgelöst bzw. ergänzt. Die Frauen nehmen zunehmend ihren Platz in der Arbeitswelt ein. Die Kleinfamilie ist heute Standard, andere Bezugspersonen leben oft weit entfernt. Dies führt dazu, dass viele Kinder und Jugendliche nicht mehr bzw. nicht ausschliesslich in der Familie betreut werden können.

Die Veränderung in den Familienstrukturen ist auch in Rafz eine Tatsache. Bereits 2005 hat das Volksschulgesetz die Grundlagen für die Einführung von schulergänzender Betreuung gelegt. Dieses Gesetz wurde nicht nur von der Stimmbürgerschaft des Kantons Zürich, sondern auch von den Stimmberechtigten der Gemeinde Rafz gutgeheissen. Es soll in Rafz möglich sein, sich für Beruf und Familie zu entscheiden und seine Kinder gut betreut zu wissen.

Die schulergänzende Betreuung in Rafz ist für die Gemeinde ein Standortvorteil. Immer wieder fragen Eltern nach dem Angebot von Schule und Betreuung, bevor sie sich für einen Zuzug entscheiden. Das gilt insbesondere auch für gute Steuerzahler. Positiv ist dabei jeweils, dass Rafz über das gesamte schulische Angebot (inkl. Sek) verfügt. Und dass ein gutes und bewährtes Angebot an schulergänzender Betreuung besteht.

Familienergänzende Betreuung ist auch aus den folgenden Gründen sinnvoll:

- Aus volkswirtschaftlicher Sicht:
  *Familienergänzende Betreuungsangebote helfen, das Arbeitskräftepotential besser auszuschöpfen.* Eine familienfreundliche Familienpolitik zahlt sich auch für die Unternehmen aus. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöht den Rückkehreffekt von Beschäftigten nach der Geburt eines Kindes und hilft den Arbeitgebern Arbeitskräfte mit Erziehungspflichten zu erhalten. Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dient somit dazu, das Arbeitskräftepotential besser auszuschöpfen.

- Aus pädagogischer Sicht:
  *Familienergänzende Betreuungsangebote fördern die soziale Entwicklung.* Kinder, die schulische Betreuungseinrichtungen besuchen, können aus verschiedensten Familiensituationen sozial gut integriert werden. Schulische Bereuungseinrichtungen fördern nicht bloss die Chancengleichheit, sondern sie können sich bei manchen Kindern auch positiv auf den Schulerfolg auswirken.

- Aus sozialpolitischer Sicht:
  *Familienergänzende Betreuungsangebote sind Hilfe zur Selbsthilfe.* Fehlende oder teure familienergänzende Kinderbetreuungsplätze sind eine Ursache für Familienarmut. Besonders betroffen sind namentlich Familien mit nur einem Elternteil, doch zunehmend auch immer mehr Zweielternfamilien.

- Aus familienpolitischer Sicht:
  *Familienergänzende Betreuungsangebote stärken die Familie.* Familien sind der Rückgrat einer Gesellschaft. Gerade in einer Zeit der Globalisierung und der scheinbaren Grenzenlosigkeit wächst das Bedürfnis nach einem festen Halt. Familien können diesen Halt bieten und damit jene Sicherheit, welche die Menschen erst befähigt, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen. Mit einem zeitgemässen Betreuungsangebot soll die Familiengründung erleichtert werden.

- Aus Sicht des Standort-Marketings:
  *Familienergänzende Betreuungsangebote als Standortvorteil.* Junge Familien oder Paare, welche vor der Familiengründung stehen, informieren sich vorgängig über die Betreuungsangebote, über welche eine Gemeinde verfügt. Familienergänzende Betreuungsangebote steigern somit die Attraktivität einer Gemeinde und sind als Standortvorteil zu werten.

<u>Kosten und Tarife</u>

*Die Entwicklung der Kosten*

Für die Grundlagen dieses Rahmenkredits wurden die heutigen Leistungen und Kosten in der schulergänzenden Betreuung in Rafz überprüft und mit anderen Gemeinden verglichen. Die Resultate zeigten auf, dass der derzeitige Leistungserbringer das heutige Angebot vorgabegerecht, kompetent und mit einem guten Preis-/ Leistungsverhältnis anbietet.

Die Kosten in der schulergänzenden Betreuung in Rafz sind seit 2008 etwas angestiegen. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

- Es werden heute mehr Kinder betreut.
- Die Löhne der Betreuungspersonen im Hort waren tief. Um bei Austritten neue Mitarbeiterinnen finden zu können, mussten die Löhne im Hort auf die heute marktüblichen Löhne im Bereich Betreuung angehoben werden.
- In der Schule Rafz werden Kinder, die heilpädagogische Förderung brauchen, wenn immer möglich in die Regelklassen integriert. Zwei solche Kinder besuchen nun den Hort. Sie benötigen mehr Betreuung als die anderen Kinder. Der Personalaufwand ist deshalb entsprechend angestiegen.

Für die schulergänzende Betreuung sind weiterhin einkommensabhängige Beiträge vorgesehen. Es bestehen heute drei verschiedene Tarifstufen, welche dem Einkommen und dem Vermögen der Eltern Rechnung tragen.

*Die Entwicklung der Tarife*

Bei der Auswertung des dreijährigen Betriebs wurden verschieden Punkte diskutiert. Die Tarife haben sich grundsätzlich bewährt. Das Preis-Leistungsverhältnis ist gut. Die Einteilung in drei Kategorien hat sich ebenfalls grundsätzlich bewährt, führt zu einer berechenbaren Kostensituation und ist administrativ einfach zu bewerkstelligen. Sie soll deshalb beibehalten werden.

Für den definitiven Rahmenkredit sollen die Tarife wie folgt angepasst werden:

- Der Hochtarif kommt bereits ab 100‘000 Franken zur Anwendung.
- Die Kosten für das Frühstück werden moderat erhöht.

**** Tarifklasse*** ***Kosten in Franken***

| *Franken* | *Frühstück 7.00 – 8.00* | *Mittagstisch 12.00 – 14.00* | *Nachmittag 14.00 – 18.00* | *Morgenbetreuung 8.00 – 12.00, wenn schulfrei* |
|---|---|---|---|---|
| *Niedertarif bis 50‘000.--* | *bisher 5 neu 7* | *16* | *27* | *16* |
| *Normaltarif bisher 120‘000.-- neu 100‘000.--* | *bisher 6 neu 8* | *19* | *33* | *19* |
| *Hochtarif bisher über 120‘000.-- neu über 100‘000.--* | *bisher 8 neu 10* | *22* | *40* | *22* |

**(massgebend für Tarifklasse ist das steuerbare Einkommen + 10 % des steuerbaren Vermögens)*

Die Tarife können bei Bedarf durch den Hort in Absprache mit der Schulpflege angepasst werden.

Für die Realisierung des zukünftigen Angebotes in den schulischen Tagesstrukturen geht die Schulpflege davon aus, dass die Elternbeiträge gesamthaft 60 - 65 % der

Kosten abdecken müssen. Mit dieser Vorgabe erreicht die Gemeinde Rafz, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden, einen guten Kostendeckungsgrad. Wichtig ist es, dass der vorgegebene Kostendeckungsgrad nicht nur auf dem Papier besteht, sondern im jährlichen Betrieb tatsächlich erreicht wird. Das ist in Rafz der Fall.

Sogar Gemeinden mit Steuerfuss-Ausgleich, müssten gemäss Kanton nicht mehr als einen Kostendeckungsgrad von 66 % erreichen.

*Kosten und Erträge*

| Kosten | Rechnung 2010/11 | Budget 2011/12 geschätzt |
|---|---|---|
| Kosten Total, für alle Module | Fr. 200‘983.-- | Fr. 210‘156.-- |
| Erträge für alle Module | Fr. 124‘882.-- | Fr. 138‘020.-- |
| Gemeindebeitrag | Fr. 60‘000.-- | Fr. 72‘136.-- |
| Defizit Trägerverein | Fr. 12‘136.-- | Fr. 0.-- |

Die Schulpflege wird die Mittel des Rahmenkredites (Kostendach) gemäss dem tatsächlichen Betreuungsbedarf einsetzen.

Schlusswort und Annahmeempfehlung

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Schulpflege und Gemeinderat sind überzeugt, dass es sich bei der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht nur um eine gesetzliche Verpflichtung sondern auch um eine wertvolle und sinnvolle Investition in die Zukunft handelt. Die Schulergänzenden Tagesstrukturen in Rafz sind gut organisiert und haben sich bewährt. Aus diesen Gründen empfehlen Schulpflege und Gemeinderat den Stimmberechtigten, dem vorliegenden Antrag für die schulergänzenden Tagesstrukturen zuzustimmen.

**Abschied Gemeinderat**

Der Gemeinderat hat die definitive Einführung von schulergänzenden Tagesstrukturen an der Schule Rafz ab dem Schuljahr 2012/13 und den damit verbundenen jährlich wiederkehrenden Kosten von maximal Fr. 80'000.-- geprüft und empfiehlt den Stimmberechtigten dessen Annahme.

Rafz, 20. März 2012

**GEMEINDERAT RAFZ**
Der Präsident: Der Schreiber:

Jürg Sigrist Marc Bernasconi

**Behördlicher Referent: Schulpräsident Albin Sigrist**

**Abschied Rechnungsprüfungskommission vom 2. April 2012**

Schulpflege und Gemeinderat beantragen für schulergänzende Tagesstrukturen in der Gemeinde Rafz einen jährlich wiederkehrenden Rahmenkredit von maximal 80‘000 Franken. Dieser Betrag soll jeweils auf den 1. Januar der Teuerung angepasst werden (gemäss Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise). Bei schulergänzenden Tagesstrukturen ist gesamthaft ein Kostendeckungsgrad (Beiträge von Eltern) von 60 bis 65 % anzustreben. Der Schulpflege sollen die Kompetenzen übertragen werden, ab dem 1. August 2012 über die entsprechenden finanziellen Mittel zu verfügen und Dritte mit dem Erbringen von schulergänzenden Betreuungsangeboten zu beauftragen und entsprechende Vereinbarungen und / oder Verträge abzuschliessen.

Die RPK hat diesen Antrag geprüft. Der Bedarf nach einer Erhöhung des Rahmenkredits auf 80‘000 Franken ist ausgewiesen. Auch nach der Erhöhung des Rahmenkredits bleibt die Zusammenarbeit mit dem Trägerverein des Kinderhorts Rafz eine kostengünstige Lösung.

Der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2012 wird beantragt, den Rahmenkredit von jährlich maximal 80‘000 Franken zu genehmigen.

Rafz, 2. April 2012

**Namens der RPK Rafz**

Der Präsident: Karl Schweizer

Der Aktuar: Hans Jakob Urech

## 4. Genehmigung der Jahresrechnung 2011 der Politischen Gemeinde Rafz.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Die Jahresrechnung 2011 der Politischen Gemeinde Rafz zu genehmigen.

2. Die Laufende Rechnung schliesst bei einem Aufwand von 25‘076‘601.67 Franken und einem Ertrag von 24‘363‘959.57 Franken mit einem Aufwandüberschuss von 712‘642.10 Franken ab.

3. Die Investitionsrechnung zeigt bei Ausgaben von 2‘596‘063.83 Franken und Einnahmen von 658‘984.20 Franken Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von 1‘937‘079.63 Franken. Bei den Investitionen im Finanzvermögen resultierten keine Ausgaben und auch keine Einnahmen.

4. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je 27‘795‘556.72 Franken aus. Durch den Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von 712‘642.10 Franken vermindert sich das Eigenkapital von 16‘878‘605.91 Franken auf 16‘165‘963.81 Franken.

### Weisung

Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung 2011 der Politischen Gemeinde geprüft und an seiner Sitzung vom 20. März 2012 zuhanden der Rechnungsprüfungskommission und der Gemeindeversammlung verabschiedet.

Die detaillierte Jahresrechnung 2011 liegt ab Montag, 4. Juni 2012, während den ordentlichen Schalteröffnungszeiten in der Gemeindeverwaltung zur Einsicht auf. Die nachfolgenden Seiten sowie die mündlichen Erläuterungen des Finanzvorstehers an der Versammlung sollen mithelfen, die Jahresrechnung zu interpretieren und mit dem Voranschlag 2011 zu vergleichen.

<u>Laufende Rechnung</u>

Die Jahresrechnung 2011 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 712‘642 Franken ab. Der Voranschlag ging von einem Aufwandüberschuss von 830‘900 Franken aus. Somit fällt der Rechnungsabschluss um 118‘258 Franken besser aus als budgetiert. Die detaillierte Jahresrechnung zeigt hauptsächlich in den folgenden Bereichen gewichtige Abweichungen zwischen dem Voranschlag und der Rechnung, welche das Ergebnis

| | | | |
|---|---|---|---|
| verbesserten: | Ambulante Krankenpflege (Spitex) | Fr. | 137’000 |
| (Minderaufwand/Mehrertrag): | Alters- und Pflegeheim | Fr. | 729‘000 |
| | Gemeindestrassen | Fr. | 234‘000 |
| | Forst | Fr. | 156'000 |

| | | |
|---|---|---|
| | Gemeindesteuern | Fr. 667’000 |
| | Abschreibungen | Fr. 181‘000 |
| verschlechterten: | Schule | Fr. 631’000 |
| (Mehraufwand/Minderertrag) | Pflegefinanzierung Alters- u. Pflegeheime | Fr. 209‘000 |
| | Pflegefinanzierung amb. Krankenpflege | Fr. 78‘000 |
| | Steuerkraftausgleich | Fr. 1‘407‘000 |

*Ambulante Krankenpflege (Spitex)*
Mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung ist auch die Leistungsvereinbarung mit dem Spitex-Verein angepasst worden. Nebst dem von der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich festgelegten Normdefizites für die ambulanten Pflegeleistungen übernimmt die Gemeinde unter bestimmten Voraussetzungen eine freiwillige Defizitgarantie. Diese hat der Spitex-Verein im Berichtsjahr aber nicht in Anspruch genommen.

*Alters- und Pflegeheim Peteracker*
Überschuss ist nicht gleich Gewinn:
Das erfreuliche Ergebnis setzt sich aus der Summe von verschiedenen Einzelpositionen zusammen. Erwähnenswert sind aber die durch strategische Massnahmen erzielten vorübergehenden Einsparungen bei den Personalkosten. Zudem wurden mit dem neuen Pflegegesetz per 1. Januar 2011 Einnahmen aus Betreuungszuschlägen generiert, deren Ausmass bei der Budgeterstellung noch nicht bekannt war. Dass aber ein Überschuss nicht zwingend mit einem Gewinn gleich zu setzen ist zeigt die Vollkostenrechnung beim Altersheim, wo ein Defizit ausgewiesen wird, da die Vollkosten – im Gegensatz zur Finanzbuchhaltung – auch die Abschreibungen und Zinsen enthalten.

*Gemeindestrassen*
Der Kanton hat sich mit einem gegenüber dem Voranschlag deutlich höheren Staatsbeitrag an den Strassenunterhaltskosten beteiligt. Für die Berechnung zog er nämlich die für die Gemeinde günstigeren Finanzdaten des Jahres 2010 heran, wogegen die Finanzverwaltung die Berechnung bereits auf den Finanzdaten 2011 vorgenommen hatte.

*Forst*
Im Berichtsjahr trägt der Forstbetrieb mit seinen unternehmerischen Aktivitäten wiederum ganz wesentlich zum guten Rechnungsergebnis bei. Augenfällig sind dabei die hohen Erträge aus Arbeiten für Dritte wie z.B. für die Gemeinde Wil und die SBB AG, aber auch die tieferen Aufwendungen für externe Unternehmer.

*Gemeindesteuern*
Im Vergleich zum Voranschlag weist dieser Bereich wiederum grosse Abweichungen auf: Während bei den Steuern des Rechnungsjahres 2011 (+ 567‘000 Franken) und Steuern früherer Jahre 2003 bis 2010 (+ 153‘000 Franken), den Quellensteuern (+ 93‘000 Franken) und Zinseinnahmen (+ 32‘000 Franken) hohe Mehreinnahmen verbucht werden konnten, wiesen die Steuerausscheidungen (- 10‘000 Franken), die Nachsteuern und Bussen (- 24‘000 Franken) und die Grundstückgewinnsteuern (- 150‘000 Franken) eine Abweichung zu Ungunsten der Gemeinde auf. Besonders negativ fallen hier die Grundstückgewinnsteuern mit einem Ertrag von gerade noch 49‘776 Franken auf und wo festgestellt werden muss, dass die „fetten“ Jahre in diesem Bereich wohl vorbei sein dürften.

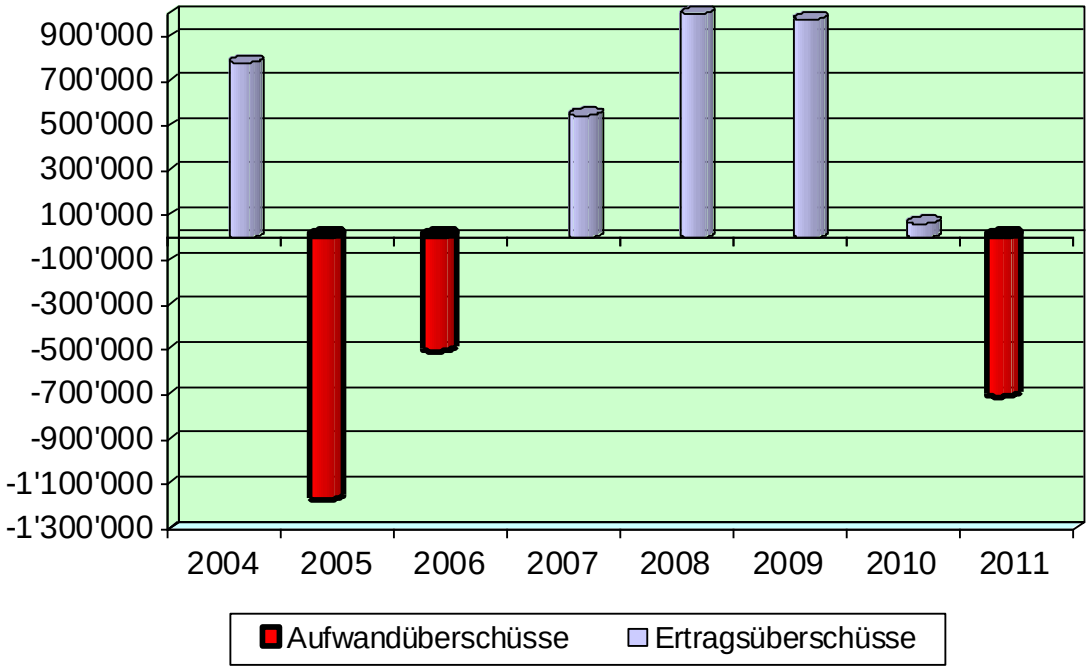
*Abschreibungen*
Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen fallen geringer aus, da einzelne Investitionen nicht ausgeführt worden sind (Jugend-/Begegnungstreffpunkt, Strassenraumgestaltung Chilegass, Massnahmen Verkehrsberuhigung) oder aber erst später anfallen (Neubau Sporthalle).

*Schule*
Obwohl sich die Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag aus verschiedenen Positionen zusammensetzt, sind die Abweichungen im Bereich der Sonder- bzw. Auswärtsschulung (+ 336‘000 Franken), den Besoldungen in der Primarschule (+ 167‘000 Franken) und dem baulichen Liegenschaftenunterhalt (+ 85‘000 Franken) besonders auffällig. Bei den Mehrkosten für die Besoldungen gilt es zu erwähnen, dass diese im Zusammenhang mit verschiedenen Förder- und Unterstützungsmassnahmen und damit auch mit der möglichen Verhinderung noch höherer Sonderschulkosten stehen.

*Pflegefinanzierung*
Mit dem geänderten Bundesgesetz über die Krankenversicherung und dem neuen kantonalen Pflegegesetz ist per 1. Januar 2011 die Finanzierung der Pflege neu geregelt worden. Neben den Krankenkassen, die neu in der ganzen Schweiz einheitliche Beiträge an die Pflegekosten entrichten, müssen künftig auch die Spitex-Klientinnen und -Klienten bzw. die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen einen Teil der Pflegekosten übernehmen. Die Wohngemeinden der Leistungsbezüger decken die restlichen Kosten der Pflege. Im Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages 2011 lagen noch keine detaillierten Informationen über die Neuregelung, die finanziellen Auswirkungen und die Verbuchungsmechanismen vor. Die Gesetzesvorlage war im Kantonsrat noch nicht behandelt und somit waren auch die Umsetzungs- bzw. die Ausführungsbestimmungen der Gesundheitsdirektion noch nicht ausgearbeitet, weshalb die Aufwendungen nicht budgetiert worden sind.

*Finanzausgleich*
Im Bemessungsjahr 2010 flossen der Gemeindekasse sehr hohe Steuererträge zu, weshalb dann im Jahre 2011 die Schere der Steuerkraft zwischen der Gemeinde Rafz und dem Kantonsmittel deutlich weniger weit auseinander klaffte, als dies bisher der Fall war. Dies hatte aber zur Folge, dass der Steuerkraft-Zuschuss markant tiefer ausfiel, als dies der Voranschlag noch vorsah.

Rechnungsergebnisse 2004 - 2011




Investitionsrechnung

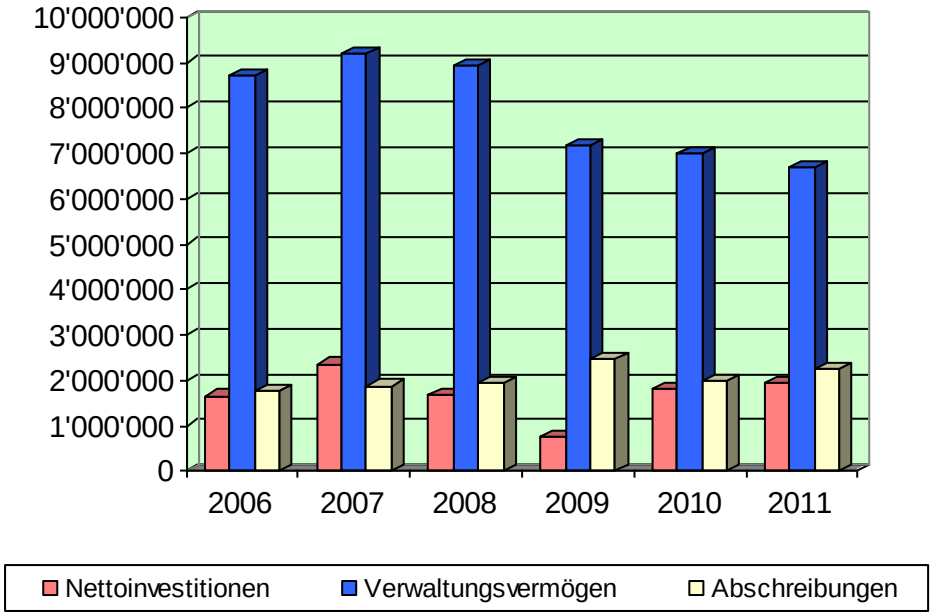
Die Gesamtausgaben bewegen sich rund 1‘717'000 Franken unter den budgetierten Krediten. Zum Einen hat der Souverän das Projekt für den Neubau eines Jugendtreffpunktes nicht bewilligt. Andererseits verschieben sich die Ausgaben für den Neubau der Sporthalle auf spätere Jahre. Gleichzeitig schliessen die Einnahmen aufgrund höherer Staatsbeiträge besser ab, was sich in verminderten Nettoinvestitionen niederschlägt. Diese betrugen 1‘937‘079.63 Franken (Voranschlag: 3‘903'000 Franken). Sie sind mit dem Abschluss in die Bilanz auf das Verwaltungsvermögen übertragen und dort nach den gesetzlichen Vorgaben abgeschrieben worden.

Die grössten Nettoinvestitionen sind in den folgenden Funktionen getätigt worden:

- Spital Bülach Fr. 165‘000
- Alters- und Pflegeheim Peteracker Fr. 129‘000
- Gemeindestrassen Fr. 542‘000
- Wasserwerk Fr. 512‘000
- Abwasserbeseitigung Fr. 266‘000

Die gesamten Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen betragen 2‘253‘079.63 Franken, wovon die Gemeindebetriebe Wasserwerk, Antennenanlage, Kehrichtentsorgung und Kanalisation/Kläranlage 653‘398.53 Franken direkt über die Gebühren finanzieren müssen. Somit belasten den Steuerhaushalt noch Abschreibungen im Betrage von 1‘599‘681.10 Franken.

Nettoinvestitionen + Verwaltungsvermögen 2006 - 2011

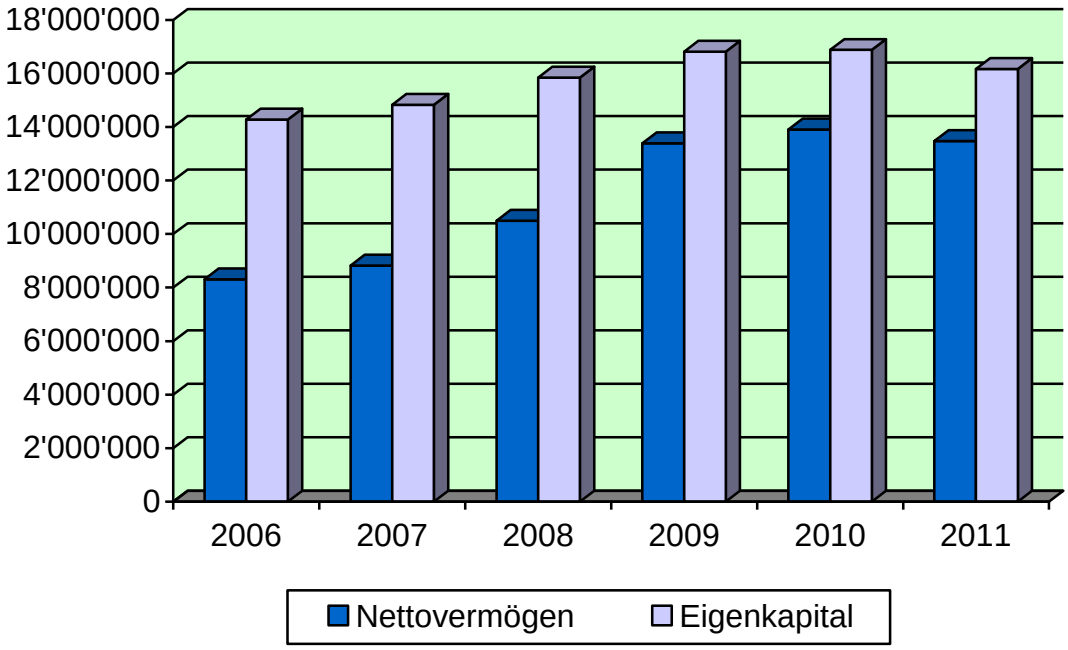



Bilanz

| *Übersicht:* | *31.12.2010* | *31.12.2011* |
|---|---|---|
| Finanzvermögen | 21‘958‘802 | 21‘105‘557 |
| Verwaltungsvermögen | 7‘006‘000 | 6‘690‘000 |
| Fremdkapital | 7‘825‘141 | 7‘323‘647 |
| Verrechnungen | 15‘794 | 11‘250 |
| Spezialfinanzierungen | 4‘245‘262 | 4‘294‘697 |
| Eigenkapital | 16‘878‘606 | 16‘165‘964 |

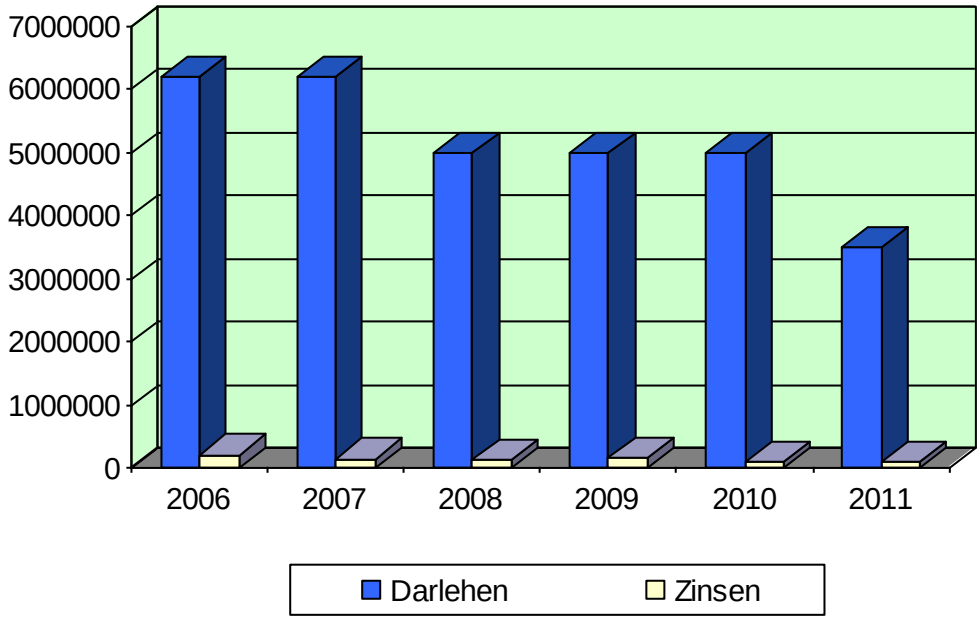
*Vermögenslage*
Das Eigenkapital als Reserve für künftige Aufwandüberschüsse beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf 16‘165‘963.81 Franken. Bei einer ganzheitlichen Analyse der Bilanz lässt sich als wichtige Kennzahl das Nettovermögen berechnen, bei dem den (verkäuflichen) Vermögenswerten die Schulden gegenüber stehen. Hier weist die Gemeinde mit einem Vermögen von 13‘476‘482 Franken (3'324 Franken pro Einwohner) weiterhin eine sehr gesunde und äusserst komfortable Grösse aus.

Nettovermögen + Eigenkapital 2006 - 2011




*Darlehen:*
Die langfristigen Darlehensschulden betrugen per 31. Dezember 2011 noch 3‘500'000 Franken, was einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 1‘500‘000 Franken entspricht. Aufgrund der hohen Liquidität konnte ein Darlehen per 29. Dezember 2011 zurück bezahlt werden. Für die Verzinsung der Schulden sind insgesamt 113‘515.40 Franken aufgewendet worden, was einem Durchschnittszinssatz von 2.27 % entspricht.

Darlehen + Zinsen 2006 - 2011



Ausblick

Der budgetierte Aufwandüberschuss konnte um rund 118‘000 Franken unterschritten werden. Ein erfreuliches Ergebnis angesichts der doch recht zahlreichen und markanten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag. So erhielt die Gemeinde alleine beim Steuerkraftausgleich einen gegenüber dem Voranschlag um 1‘407‘413 Franken tieferen Zuschuss, da die massgeblichen Steuererträge 2010 sehr hoch ausgefallen waren. Die provisorischen Abschlüsse im Laufe des Rechnungsjahres liessen darum bezüglich dem Endergebnis nichts Gutes erahnen, wurden dann aber durch zahlreiche positive Abweichungen nicht bestätigt.

Trotz des Verlustes im Berichtsjahr darf die finanzielle Situation der Gemeinde als gesund betrachtet werden. Dies zeigen auch die verschiedenen Finanzkennzahlen und -grössen, die von einem erfreulichen und soliden Fundament zeugen.

Rafz, 20. März 2012

**GEMEINDERAT RAFZ**
Der Präsident: Der Schreiber:

Jürg Sigrist Marc Bernasconi

**Behördlicher Referent: Finanzvorstand Jürg Sigrist**

**Abschied Rechnungsprüfungskommission vom 10. Mai 2012**

Die RPK hat die Jahresrechnung 2011 der Politischen Gemeinde Rafz geprüft und dabei folgende Grunddaten festgestellt:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Erfolgsrechnung: | Aufwand | Fr. | 25‘076‘601.67 |
| | Ertrag | Fr. | 24‘363‘959.57 |
| | Aufwandüberschuss | Fr. | 712‘642.10 |
| Investitionsrechnung VV: | Ausgaben | Fr. | 2‘596‘063.83 |
| | Einnahmen | Fr. | 658‘984.20 |
| | Nettoinvestition | Fr. | 1‘937‘079.63 |
| Investitionsrechnung FV: | Ausgaben | Fr. | 0.00 |
| | Einnahmen | Fr. | 0.00 |
| | Nettoinvestition | Fr. | 0.00 |
| Eigenkapitalentnahme: | | Fr. | 712‘642.10 |

Finanzpolitische Prüfung

Die finanzpolitische Prüfung der Jahresrechnung gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Finanztechnische Prüfung

- Die RPK hat den Kurzbericht der finanztechnischen Prüfung zur Kenntnis genommen.
- Die finanztechnische Prüfung hat ergeben, dass die Rechnungsführung und Rechnungslegung den gesetzlichen Vorschriften sowie der Gemeindeordnung und Regelungen der politischen Gemeinde Rafz entsprechen.

**Die RPK beschliesst:**

1. Die Jahresrechnung 2011 der Politischen Gemeinde Rafz wird genehmigt.

2. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Jahresrechnung 2011 zu genehmigen.

Rafz, 10. Mai 2012

**Namens der RPK Rafz**
Der Präsident: Der Aktuar:

Karl Schweizer Hans Jakob Urech

# 1. ÜBERSICHT

| Jahresübersicht<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Soll | <br>Haben | Voranschlag 2011<br>Soll | <br>Haben | Rechnung 2010<br>Soll | <br>Haben |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **1. Laufende Rechnung** | | | | | | |
| Total Aufwand | 25'076'601.67 | | 24'332'900 | | 23'761'480.27 | |
| Total Ertrag | | 24'363'959.57 | | 23'502'000 | | 23'825'621.65 |
| Aufwandüberschuss | | 712'642.10 | | 830'900 | | |
| Ertragsüberschuss | | | | | 64'141.38 | |
| **Total 1** | **25'076'601.67** | **25'076'601.67** | **24'332'900** | **24'332'900** | **23'825'621.65** | **23'825'621.65** |
| **2. Investitionen im Verwaltungsvermögen** | | | | | | |
| **a) Nettoinvestitionen** | | | | | | |
| Ausgaben im Verwaltungsvermögen | 2'596'063.83 | | 4'313'000 | | 2'367'881.05 | |
| Einnahmen im Verwaltungsvermögen | | 658'984.20 | | 410'000 | | 555'387.34 |
| Nettoinvestitionen | | 1'937'079.63 | | 3'903'000 | | 1'812'493.71 |
| Einnahmenüberschuss | | | | | | |
| **Total 2a** | **2'596'063.83** | **2'596'063.83** | **4'313'000** | **4'313'000** | **2'367'881.05** | **2'367'881.05** |
| **b) Finanzierung I** | | | | | | |
| Nettoinvestitionen | 1'937'079.63 | | 3'903'000 | | 1'812'493.71 | |
| Abschreibungen Verwaltungsvermögen | | 2'253'079.63 | | 2'613'000 | | 1'993'493.71 |
| Aufwandüberschuss LR | 712'642.10 | | 830'900 | | | |
| Ertragsüberschuss LR | | | | | | 64'141.38 |
| Finanzierungsfehlbetrag I | | 396'642.10 | | 2'120'900 | | |
| Finanzierungsüberschuss I | | | | | 245'141.38 | |
| **Total 2b** | **2'649'721.73** | **2'649'721.73** | **4'733'900** | **4'733'900** | **2'057'635.09** | **2'057'635.09** |

## 1. ÜBERSICHT

| Jahresübersicht<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Soll | <br>Haben | Voranschlag 2011<br>Soll | <br>Haben | Rechnung 2010<br>Soll | <br>Haben |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **3. Investitionen im Finanzvermögen** | | | | | | |
| **a) Nettoveränderungen** | | | | | | |
| Einnahmen im Finanzvermögen (FV) | | | | | | 8'113.85 |
| Nettoveränderung | | | | | 8'113.85 | |
| **Total 3a** | | | | | **8'113.85** | **8'113.85** |
| **b) Finanzierung II** | | | | | | |
| Nettoveränderung | | | | | | 8'113.85 |
| Finanzierungsfehlbetrag I | 396'642.10 | | 2'120'900 | | | |
| Finanzierungsüberschuss I | | | | | | 245'141.38 |
| Finanzierungsfehlbetrag II | | 396'642.10 | | 2'120'900 | | |
| Finanzierungsüberschuss II | | | | | 253'255.23 | |
| **Total 3b** | **396'642.10** | **396'642.10** | **2'120'900** | **2'120'900** | **253'255.23** | **253'255.23** |
| **4. Bilanzübersicht** | | | | | | |
| Finanzvermögen | 21'105'556.72 | | | | 21'958'802.43 | |
| Verwaltungsvermögen | 6'690'000.00 | | | | 7'006'000.00 | |
| Fremdkapital | | 7'323'646.73 | | | | 7'825'140.90 |
| Verrechnungen | | 11'249.60 | | | | 15'793.90 |
| Spezialfinanzierungen | | 4'294'696.58 | | | | 4'245'261.72 |
| Eigenkapital | | 16'165'963.81 | | | | 16'878'605.91 |
| **Total 4** | **27'795'556.72** | **27'795'556.72** | | | **28'964'802.43** | **28'964'802.43** |

## 2. LAUFENDE RECHNUNG

| Nummer | Artengliederung Zusammenzug<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Aufwand | <br>Ertrag | Voranschlag 2011<br>Aufwand | <br>Ertrag | Rechnung 2010<br>Aufwand | <br>Ertrag |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **3** | **Aufwand** | | | | | | |
| 30 | Personalaufwand | 8'279'682.60 | | 8'171'900 | | 8'031'720.30 | |
| 31 | Sachaufwand | 4'338'472.40 | | 4'356'700 | | 4'461'110.64 | |
| 32 | Passivzinsen | 194'789.15 | | 160'600 | | 190'377.25 | |
| 33 | Abschreibungen | 2'323'836.65 | | 2'698'000 | | 2'099'697.01 | |
| 35 | Entschädigung DL andere Gemeinden | 2'707'891.43 | | 2'569'600 | | 2'533'878.33 | |
| 36 | Betriebs- und Defizitbeiträge | 5'253'121.33 | | 4'642'600 | | 4'873'800.25 | |
| 37 | Durchlaufende Beiträge | 39'131.43 | | 38'600 | | 39'015.90 | |
| 38 | Einlagen in Spezialfinanzierung | 332'399.45 | | 600 | | 346'598.08 | |
| 39 | Interne Verrechnungen | 1'607'277.23 | | 1'694'300 | | 1'185'282.51 | |
| **3** | **Total Aufwand** | **25'076'601.67** | | **24'332'900** | | **23'761'480.27** | |
| **4** | **Ertrag** | | | | | | |
| 40 | Steuern | | 10'868'042.30 | | 10'234'500 | | 11'134'322.12 |
| 41 | Regalien und Konzessionen | | | | | | 70.00 |
| 42 | Vermögenserträge | | 499'302.05 | | 359'900 | | 458'435.20 |
| 43 | Entgelte | | 7'149'029.19 | | 6'217'900 | | 6'641'338.01 |
| 44 | Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung | | 1'224'128.65 | | 2'596'300 | | 1'996'888.50 |
| 45 | Rückerstattungen von Gemeinwesen | | 736'582.03 | | 628'800 | | 705'819.40 |
| 46 | Beiträge mit Zweckbindung | | 1'877'246.30 | | 990'100 | | 1'575'461.45 |
| 47 | Durchlaufende Beiträge | | 39'131.43 | | 38'600 | | 39'015.90 |
| 48 | Entnahmen aus Spezialfinanzierung | | 363'220.39 | | 741'600 | | 88'988.56 |
| 49 | Interne Verrechnungen | | 1'607'277.23 | | 1'694'300 | | 1'185'282.51 |
| **4** | **Total Ertrag** | | **24'363'959.57** | | **23'502'000** | | **23'825'621.65** |
| | **Total Aufwand/Ertrag** | **25'076'601.67** | **24'363'959.57** | **24'332'900** | **23'502'000** | **23'761'480.27** | **23'825'621.65** |
| | Aufwand-/Ertragsüberschuss | | 712'642.10 | | 830'900 | 64'141.38 | |
| | **Total** | **25'076'601.67** | **25'076'601.67** | **24'332'900** | **24'332'900** | **23'825'621.65** | **23'825'621.65** |

## 3. LAUFENDE RECHNUNG

| Nummer | Zusammenzug nach Aufgabenbereichen<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Aufwand | <br>Ertrag | Voranschlag 2011<br>Aufwand | <br>Ertrag | <br>Aufwand | Rechnung 2010<br>Ertrag |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | **LAUFENDE RECHNUNG**<br>**Nettoergebnis** | **25'076'601.67** | **24'363'959.57**<br>**712'642.10** | **24'332'900** | **23'502'000**<br>**830'900** | **23'761'480.27**<br>**64'141.38** | **23'825'621.65** |
| 0 | Behörden und Verwaltung | 1'751'848.94 | 611'977.45 | 1'666'200 | 374'500 | 1'869'438.40 | 571'704.10 |
| 1 | Rechtsschutz und Sicherheit | 731'720.70 | 298'880.40 | 803'500 | 286'100 | 709'832.60 | 259'453.52 |
| 2 | Bildung | 7'977'150.20 | 644'113.20 | 7'289'900 | 588'000 | 7'515'078.80 | 706'395.05 |
| 3 | Kultur und Freizeit | 780'234.42 | 399'915.81 | 730'100 | 401'600 | 789'064.69 | 399'752.48 |
| 4 | Gesundheit | 941'105.65 | 217'000.00 | 564'500 | | 507'503.10 | 98.00 |
| 5 | Soziale Wohlfahrt | 6'091'227.35 | 5'442'672.63 | 6'221'000 | 4'825'600 | 6'096'803.08 | 4'958'396.48 |
| 6 | Verkehr | 1'119'876.55 | 562'331.05 | 1'118'300 | 326'900 | 1'093'583.60 | 469'591.55 |
| 7 | Umwelt und Raumordnung | 1'937'875.57 | 1'759'738.72 | 1'885'000 | 1'703'300 | 1'631'183.15 | 1'442'485.85 |
| 8 | Volkswirtschaft | 794'548.93 | 1'233'747.63 | 839'300 | 1'076'600 | 865'974.99 | 1'331'446.74 |
| 9 | Finanzen und Steuern | 2'951'013.36 | 13'193'582.68 | 3'215'100 | 13'919'400 | 2'683'017.86 | 13'686'297.88 |

## 6. INVESTITIONSRECHNUNG

| Nummer | Einzelkonti nach Funktionen detailliert<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Voranschlag 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Rechnung 2010<br>Ausgaben | <br>Einnahmen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **0** | **Investitionen Verwaltungsvermögen** | **2'596'063.83** | **658'984.20** | **4'313'000** | **410'000** | **2'367'881.05** | **555'387.34** |
| **0** | **Behörden und Verwaltung** | **32'415.25** | | **50'000** | | **77'846.60** | |
| **090** | **Verwaltungsliegenschaften** | **32'415.25** | | **50'000** | | **77'846.60** | |
| 090.5030.02 | Büroraumplanung Gemeindehaus | | | | | 38'808.25 | |
| 090.5030.03 | Sanierung Fassade Zentrum Casa | | | | | -4'313.80 | |
| 090.5030.08 | Dachsanierung Scheune b. Gdehaus | 6'239.45 | | | | 43'352.15 | |
| 090.5030.09 | Umbau Gemeindehaus | 26'175.80 | | 50'000 | | | |
| **1** | **Rechtsschutz und Sicherheit** | **80'255.00** | **80'255.00** | **46'000** | | **32'177.70** | **9'000.00** |
| **100** | **Rechtspflege** | | | **46'000** | | **23'177.70** | |
| 100.5620.00 | Zweckverband Betreibungsamt | | | | | 15'430.50 | |
| 100.5810.00 | Vollnumerische Vermessung AV93 | | | 36'000 | | 7'747.20 | |
| 100.5811.00 | LIS Polit. Gemeinde | | | 10'000 | | | |
| **160** | **Zivilschutz** | **80'255.00** | **80'255.00** | | | **9'000.00** | **9'000.00** |
| 160.5700.00 | Einlage in Schutzraumfonds | 80'255.00 | | | | 9'000.00 | |
| 160.6700.00 | Ersatzbeiträge Schutzraumbauten | | 80'255.00 | | | | 9'000.00 |
| **2** | **Bildung** | **3'481.35** | | **1'100'000** | | **432'732.25** | |
| **217** | **Schulliegenschaften** | **3'481.35** | | **1'100'000** | | **432'732.25** | |
| 217.5030.08 | Neubau Sporthalle mit Annexbauten | 3'481.35 | | 1'100'000 | | 432'732.25 | |
| **3** | **Kultur und Freizeit** | **93'335.09** | **47'400.00** | **70'000** | **30'000** | **63'829.66** | **17'100.00** |
| **321** | **Antennen- und Kabelanlagen** | **93'335.09** | **47'400.00** | **70'000** | **30'000** | **63'829.66** | **17'100.00** |
| 321.5010.00 | Neuanschlüsse + Ausbau | 86'732.87 | | 70'000 | | 63'829.66 | |
| 321.5010.01 | Einbau Leerrohr Sammelstr. Ifang | 6'602.22 | | | | | |
| 321.6100.00 | Anschlussgebühren | | 47'400.00 | | 30'000 | | 17'100.00 |
| **4** | **Gesundheit** | **164'844.15** | | **206'000** | | **50'347.75** | |
| **400** | **Spitäler** | **164'844.15** | | **206'000** | | **50'347.75** | |
| 400.5620.00 | Spital Bülach, Div. Investitionen | 64'337.95 | | 56'000 | | 29'693.10 | |

## 6. INVESTITIONSRECHNUNG

| Nummer | Einzelkonti nach Funktionen detailliert<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Voranschlag 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Rechnung 2010<br>Ausgaben | <br>Einnahmen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 400.5621.00 | Spital Bülach, Projekt 05 (1. Etappe) | 53'046.85 | | 41'000 | | 12'725.45 | |
| 400.5622.00 | Spital Bülach, Projekt 05 (2. Etappe) | 1'328.35 | | 11'000 | | 7'929.20 | |
| 400.5623.00 | Spital Bülach, Projekt 05 (3. Etappe) | 3'129.80 | | 66'000 | | | |
| 400.5624.00 | Spital Bülach, Projekt 05 (Kreditetappe) | 43'001.20 | | 32'000 | | | |
| **5** | **Soziale Wohlfahrt** | **152'962.55** | **23'700.00** | **558'000** | | **443'145.85** | **60'000.00** |
| **540** | **Jugend** | | | **490'000** | | **12'912.00** | |
| 540.5031.00 | Jugend-/Begegnungstreffpunkt | | | 490'000 | | 12'912.00 | |
| **570** | **Alters- und Pflegeheim Peteracker** | **152'962.55** | **23'700.00** | **68'000** | | **430'233.85** | **60'000.00** |
| 570.5030.10 | Ersatz/Erneuerung Heizung | 49'005.75 | | | | 267'405.75 | |
| 570.5030.11 | Solaranlage Warmwasseraufbereitung | 44'997.80 | | | | 100'157.00 | |
| 570.5030.12 | Einbau Insektenrollos | | | | | 26'100.00 | |
| 570.5030.13 | Ersatz Vordächer b. Sitzplätzen | 23'671.45 | | 28'000 | | | |
| 570.5030.14 | Demenzsicherheitssystem | 22'327.55 | | 22'000 | | | |
| 570.5030.15 | Einrichtung Fumoir | | | | | 19'355.10 | |
| 570.5060.13 | P.E.P./Managementsystem | 12'960.00 | | 18'000 | | 17'216.00 | |
| 570.6610.00 | Staatsbeiträge | | 23'700.00 | | | | 60'000.00 |
| **6** | **Verkehr** | **781'384.90** | **230'574.30** | **1'060'000** | **130'000** | **515'011.05** | |
| **620** | **Gemeindestrassen** | **769'915.30** | **228'223.00** | **1'050'000** | **130'000** | **240'966.00** | |
| 620.5010.02 | Ausbau Sammelstrasse Ifang | 764'720.25 | | 900'000 | | 123'460.15 | |
| 620.5010.08 | Strassenraumgestaltung Chilegass | | | 100'000 | | 4'060.80 | |
| 620.5010.09 | Massnahmen Verkehrsberuhigung | | | 50'000 | | | |
| 620.5010.10 | Neugestaltung Kreisel Bahnhofstrasse | 2'432.15 | | | | 14'839.05 | |
| 620.5010.11 | Strassensanierung Sonnefäld | 2'762.90 | | | | | |
| 620.5060.00 | Ersatz Kubota | | | | | 98'606.00 | |
| 620.6100.01 | Gehwegbeiträge Ifang | | 128'223.00 | | 130'000 | | |
| 620.6610.00 | Staatsbeiträge | | 100'000.00 | | | | |
| **640** | **Bundesbahnen** | | **2'351.30** | | | **274'045.05** | |
| 640.5060.00 | Erweiterung Velo-/Mofaabstellanlage | | | | | 44'045.05 | |
| 640.5600.00 | Beitrag an SBB für Perronüberdachung | | | | | 230'000.00 | |
| 640.6400.00 | Investitionsanteil SBB | | 2'351.30 | | | | |
| **650** | **Regionalverkehr** | **11'469.60** | | **10'000** | | | |
| 650.5010.01 | Infrastrukturbauten Ortsbus / ÖV | 11'469.60 | | 10'000 | | | |

## 6. INVESTITIONSRECHNUNG

| Nummer | Einzelkonti nach Funktionen detailliert<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Voranschlag 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Rechnung 2010<br>Ausgaben | <br>Einnahmen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **7** | **Umwelt und Raumordung** | **1'287'385.54** | **277'054.90** | **1'223'000** | **250'000** | **752'790.19** | **469'287.34** |
| **701** | **Wasserwerk** | **661'463.34** | **149'947.85** | **616'000** | **150'000** | **358'432.69** | **252'044.11** |
| 701.5010.02 | Schutzzonen für Quellen | 34'722.13 | | 70'000 | | 12'308.90 | |
| 701.5011.15 | Abgabeschacht vor Eichen | | | | | 812.10 | |
| 701.5011.16 | Ersatz Wasserleitung Teilstück Schränn | | | | | 32'014.52 | |
| 701.5011.17 | Ersatz Wasserleitung Peterwise | | | | | 6'117.47 | |
| 701.5011.18 | QW am Gnal (Leitungen) | | | | | 4'943.87 | |
| 701.5011.19 | QW am Gnal (Schacht) | | | | | 4'736.90 | |
| 701.5011.20 | Verbindungsleitung Breitenwiden | | | | | 69'824.30 | |
| 701.5011.21 | Ersatz Wasserleitung Mittlere Ifang | | | 30'000 | | | |
| 701.5011.22 | Wasserltg Ifang - Chilegass/Undere Ifang | 109'528.21 | | 75'000 | | | |
| 701.5011.23 | Sanierung Reservoir Trollbach | 5'739.17 | | | | 126'028.86 | |
| 701.5011.25 | Neubau Wasserltg Gebiet Peteracker | | | | | 101'645.77 | |
| 701.5011.26 | Ersatz Reservoir Sonnebärg | 80'412.27 | | 100'000 | | | |
| 701.5011.27 | Sanierung Wasserleitung Gärstejuchert | 111'685.14 | | 120'000 | | | |
| 701.5011.28 | Neubau Teilstück WL Müliacker | 40'375.97 | | | | | |
| 701.5011.32 | Wasserltg Ifang - im Guet/a.Wingert | 64'111.25 | | | | | |
| 701.5030.01 | Sanierung Betriebszentrale | 189'808.39 | | 200'000 | | | |
| 701.5620.00 | GWV Rafzerfeld | 25'080.81 | | 21'000 | | | |
| 701.6100.00 | Anschlussgebühren | | 149'947.85 | | 150'000 | | 246'827.51 |
| 701.6620.00 | GWG Stadtforen | | | | | | 5'216.60 |
| **710** | **Abwasserbeseitigung** | **393'055.00** | **127'107.05** | **527'000** | **100'000** | **219'660.15** | **217'243.23** |
| 710.5011.02 | Regenwasserltg Undere Ifang-Chilegass | 67'393.60 | | | | | |
| 710.5013.07 | Sanierungsaufforderung Rietgass/Götze | | | | | 8'281.10 | |
| 710.5013.08 | Sanierung Strang Märktgass/Pfrüender | | | | | 87'206.90 | |
| 710.5013.09 | Sanierungsaufford. Märktgass/Pfrüender | 7'394.35 | | 8'000 | | 21'390.70 | |
| 710.5013.10 | Zustandskontrolle Hegi | | | | | 38'894.55 | |
| 710.5013.11 | Zustandskontr./San.aufford. Ifang | 53'424.60 | | 69'000 | | 33'807.30 | |
| 710.5013.12 | Ersatz Meteorwasserltg Barberhaldenbach | 168'218.50 | | 330'000 | | 30'079.60 | |
| 710.5013.13 | Sanierung Strang Hegi/Ifang | 73'793.40 | | 95'000 | | | |
| 710.5013.14 | Sanierungsaufforderungen Hegi | 16'174.50 | | 17'000 | | | |
| 710.5013.15 | Sanierungsaufforderungen Ifang | 6'656.05 | | 8'000 | | | |
| 710.6100.02 | Anschlussgebühren Kanalisation | | 127'107.05 | | 100'000 | | 217'243.23 |
| **750** | **Gewässerunterh. und -verbauung** | **209'275.50** | | **30'000** | | **105'117.40** | |
| 750.5010.02 | Sanierung Leitung Seewisenbach | 35'646.30 | | 30'000 | | 92'310.30 | |

## 6. INVESTITIONSRECHNUNG

| Nummer | Einzelkonti nach Funktionen detailliert<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Voranschlag 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Rechnung 2010<br>Ausgaben | <br>Einnahmen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 750.5010.03 | Ersatz Meteorwasserleitung Rainacker | | | | | 12'807.10 | |
| 750.5810.00 | QP Gärstejuchert; Kosten Landbach | 173'629.20 | | | | | |
| **790** | **Raumordnung** | **23'591.70** | | **50'000** | | **69'579.95** | |
| 790.5810.00 | Teilrevision BZO | 23'591.70 | | 50'000 | | 69'579.95 | |

## 6. INVESTITIONSRECHNUNG

| Nummer | Einzelkonti nach Funktionen detailliert<br>Politische Gemeinde (PG) | Rechnung 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Voranschlag 2011<br>Ausgaben | <br>Einnahmen | Rechnung 2010<br>Ausgaben | <br>Einnahmen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **90** | **Investitionen im Finanzvermögen** | **578'729.20** | **2'515'808.83** | **410'000** | **4'313'000** | **554'501.19** | **2'366'994.90** |
| **9** | **Finanzen und Steuern** | **578'729.20** | **2'515'808.83** | **410'000** | **4'313'000** | **554'501.19** | **2'366'994.90** |
| **942** | **Liegenschaften Finanzvermögen** | | | | | | **8'113.85** |
| 942.8010.00 | Verkauf Liegenschaften+Grundstücke | | | | | | 8'113.85 |
| **999** | **Abschluss** | **578'729.20** | **2'515'808.83** | **410'000** | **4'313'000** | **554'501.19** | **2'358'881.05** |
| 999.5900.00 | Passivierte Einnahmen | 578'729.20 | | 410'000 | | 546'387.34 | |
| 999.6900.00 | Aktivierte Ausgaben | | 2'515'808.83 | | 4'313'000 | | 2'358'881.05 |
| 999.7910.00 | Abgang Sachwertanlagen FV | | | | | 8'113.85 | |

## 7. BILANZZUSAMMENZUG

| Konto | Bilanzzusammenzug Politische Gemeinde (PG) | 1. Januar 2011 | Veränderung Zuwachs | Veränderung Abgang | 31. Dezember 2011 |
|---|---|---|---|---|---|
| **1** | **Aktiven** | **28'964'802.43** | | **1'169'245.71** | **27'795'556.72** |
| **10** | **Finanzvermögen** | **21'958'802.43** | | **853'245.71** | **21'105'556.72** |
| 100 | Flüssige Mittel | 5'746'419.67 | | 1'564'875.80 | 4'181'543.87 |
| 101 | Guthaben | 5'140'142.41 | | 219'768.06 | 4'920'374.35 |
| 102 | Anlagen | 10'891'720.60 | 710'851.15 | | 11'602'571.75 |
| 103 | Transitorische Aktiven | 180'519.75 | 220'547.00 | | 401'066.75 |
| **11** | **Verwaltungsvermögen** | **7'006'000.00** | | **316'000.00** | **6'690'000.00** |
| 114 | Sachgüter | 7'006'000.00 | | 320'000.00 | 6'686'000.00 |
| 116 | Investitionsbeiträge | | 4'000.00 | | 4'000.00 |
| **2** | **PASSIVEN** | **12'086'196.52** | | **456'603.61** | **11'629'592.91** |
| **20** | **Fremdkapital** | **7'825'140.90** | | **501'494.17** | **7'323'646.73** |
| 200 | Laufende Verpflichtungen | 2'275'024.35 | | | 2'894'254.08 |
| 202 | Langfristige Schulden | 5'000'000.00 | | 1'500'000.00 | 3'500'000.00 |
| 203 | Verpflicht. für Sonderrechnungen | 248'211.95 | | 580.20 | 247'631.75 |
| 204 | Rückstellungen | | | | 292'903.00 |
| 205 | Transitorische Passiven | 301'904.60 | | | 388'857.90 |
| **21** | **Verrechnungen** | **15'793.90** | | **4'544.30** | **11'249.60** |
| 218 | Übrige Verrechnungskonten | 15'793.90 | | 4'544.30 | 11'249.60 |
| **22** | **Spezialfinanzierungen** | **4'245'261.72** | | | **4'294'696.58** |
| 228 | Verpfl. Spezialfinanzierungen | 4'245'261.72 | | | 4'294'696.58 |

## 7. BILANZZUSAMMENZUG

| Bilanzzusammenzug<br>Politische Gemeinde (PG) | Bestand Ende Vorjahr 2010<br>Aktiven | <br>Passiven | Bilanzfehlbetrag | Kapitalkonto<br>Eigenkapital | Bestand Ende Rechnungsjahr 2011<br>Aktiven | <br>Passiven |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Gesamtaktiven** | **28'964'802.43** | | | | **27'795'556.72** | |
| **Gesamtpassiven** | | **12'086'196.52** | | | | **11'629'592.91** |
| **Kapitalkonto** | | | | | | |
| Eigenkapital Anfang Rechnungsjahr | | 16'878'605.91 | | 16'878'605.91 | | |
| Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag | | | | | | |
| Gesetzlich vorgeschriebene Verwendung des Rechnungsergebnisses: | | | | | | |
| Ertragsüberschuss Laufende Rechnung | | | | | | |
| Aufwandüberschuss Laufende Rechnung | | | 712'642.10 | | | |
| **Eigenkapital Ende Rechnungsjahr** | | | | **16'165'963.81** | | **16'165'963.81** |
| **Bilanzfehlbetrag Ende Rechnungsjahr** | | | | | | |
| | **28'964'802.43** | **28'964'802.43** | | | **27'795'556.72** | **27'795'556.72** |